

Head

Herz

Hand

DAS  
BULLETIN

des  
alternativen  
Zug

Nummer 3 Oktober 2004

## Inhaltsverzeichnis

- 3 **Editorial**  
«De Nuggi use g'jagt»
- 4 **Staatsrechnung 2003**  
Rote Zahlen – rote Köpfe
- 6 **Nationale Abstimmung**  
NFA: Lücke zwischen Arm  
und Reich schliessen
- 8 **SORGIM**  
Demokratie im Unternehmen
- 10 **Schweizerisches  
Arbeiterhilfswerk SAH**  
Osthilfe gefährdet
- 11 **Regierungsrat**  
Politische Raserei
- 12 **Strassenbau**  
Tangente Neufeld – eine  
Totgeburt?
- 14 **Roundtable**  
Do you speak French?
- 18 **Nationalrat**  
Franco Cavalli: «Jo, Du hast  
gewonnen»
- 20 **Frauenwache**  
Das Frauenmobil
- 21 **Embryonenforschungsgesetz (EFG)**  
Ethik und der Wunsch nach  
Freiheit von Krankheiten
- 22 **Zeitfragen**  
Schpare, schpare...
- 24 **Serviceteil**  
Kino  
Buch  
Frontal  
Veranstaltungen  
Adressen Alternative  
Impressum



### «Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Sozialistisch-Grüne Alternative des Kantons Zug, Kritisches Forum Cham, Frische Brise Steinhausen, Gleis 3 Risch / Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein  
«Das BULLETIN»

# «De Nuggi use g'jagt»

Martin Stuber,  
Kantonsrat Alternative

Noch selten habe ich so viele Reaktionen auf einen Artikel gehabt wie bei der Kolumne «De Nuggi use g'jagt» in der Zuger Presse vom 22. September.

Viele Leute haben offensichtlich die Nase endgültig voll von den Propagandamethoden der SVP. Die offen rassistischen und verlogenen Plakate im Zusammenhang mit den beiden Einbürgerungsvorlagen, die hetzerischen Anti-Moslem Inserate und die zum Teil unsäglichen LeserInnenbriefe in diesem Zusammenhang wirken aber offensichtlich, das zeigt das Abstimmungsresultat vom 26. September. Nach Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit, unsicheren Arbeitsplätzen und zunehmend kriegerischer Weltlage haben die Leute Angst. Und Sündenböcke sind gefragt. Einfache Sündenböcke. Diese dumpfe Angst bedient die SVP, und sie tut es propagandistisch widerlich, aber auch meisterlich. Die Ausländer, die EU und der Staat bedrohen die Schweiz, so die simple Formel.

Dabei müsste es doch jedem und jeder einigermaßen wachen Zeitungsleser In klar sein: wenn jemand die Schweiz bedroht, dann ist es die SVP. Die von der SVP gepredigten Marktkräfte einer völlig enthemmten und deregulierten Gesellschaft zersetzen im Rahmen der rasch wachsenden globalen Arbeitsteilung den Zusammenhalt und zerstören die Wohlstandsgrundlagen nicht nur in der Schweiz.

Ausgerechnet diese staatsfeindlichen Superpatrioten bedienen sich gerne beim Staat. Und betreiben Misswirtschaft damit, wie z.B. Ueli Maurer im Zürcher Bauernverband. Oder sie hängen direkt am Staatstropf wie die Bauern, von denen so viele ihr Land herge-

ben für die SVP-Propagandaplakate. Und wenn sie mal einen fähigen Unternehmer in den eigenen Reihen haben, dann hängt auch der an Staatsaufträgen (SVP-Nationalrat Peter Spuhler, dessen Firma die Zuger Stadtbahn-Kompositionen liefert).

Das Schweizer Grossbürgertum und deren politischer Repräsentant, die FDP, sind verunsichert, wie sie mit der SVP umgehen sollen. Einerseits ist die SVP praktisch, weil sie im Parlament Mehrheiten für die angestrebte Umverteilungs- und Deregulierungspolitik sichert. Andererseits ist ein rechter Teil der neoliberal denkenden Oberschicht in den letzten Jahren zur SVP geschwenkt. Und nun droht die Operation mit Blocher in den Bundesrat gründlich zu misslingen, da es nicht nur schwieriger geworden ist, neoliberale Projekte beim Volk durchzudrücken, sondern auch, weil die von höchster Stelle in Bern mitgeschürte Fremdenfeindlichkeit die dringend nötigen Verträge mit der EU und erwünschte Reformen bedroht.

Im Kanton Zug ist es offensichtlich, wie die FDP mit der Situation umgeht – mit noch mehr Steuergeschenken und einer Anpassung nach rechts, die in dieser Partei nur noch wenig Raum lässt für Liberale und sozial Denkende. Das könnte in die Hosen gehen.

Denn auch die Zugerinnen und Zuger wollen über die Steuern ein Mindestmass an sozialem Ausgleich. Das zeigte das deutliche Nein zum Steuerpaket. Wie da die FDP mit ihrer Motion im Kantonsrat, welche eine noch geringere Besteuerung der Vermögenden fordert, im Volk ankommt,



ist absehbar.

Diese Motion ist nach der Beinahe-Abschaffung der Kapitalsteuer durch das Steuergesetz 2001, angesichts des Kantonsdefizits und vor dem anstehenden NFA finanzpolitisch unverantwortlich.

Die eidgenössische Steuerverwaltung publizierte Mitte Juli 2004 den Bericht «Die Steuerbelastung 2003 in den Kantonen»: In Zug werden natürliche Personen mit hohem Reinvermögen bereits jetzt weit unter dem schweizerischen Durchschnitt besteuert. Die Belastung ist eben nicht, wie dies die FDP-Motionäre suggerieren «relativ hoch und unattraktiv». Bei den Reinvermögen bis zu 600'000 Franken hat Zug die tiefste Steuerbelastung. Nur bei MillionärInnen sind die Kantone Schwyz und Nidwalden (noch) etwas günstiger.

Die Alternative Fraktion propagiert nicht Egoismus und übertriebenen Eigennutz, sondern Steuergerechtigkeit. Ist das möglich? Ja! Stefan Gisler erklärt auf Seite 4 wie.

Ist das mehrheitsfähig? Das werden die Zugerinnen und Zuger an der Urne entscheiden. Gut möglich, dass es ihnen auch mal «de Nuggi use jagt» ■

# Rote Zahlen – rote Köpfe

**15,5 Millionen Franken Defizit. Wovor wir Alternativen seit Jahren warnten, ist eingetroffen. Der Kanton Zug hat die Quittung erhalten für die fragwürdigen Steuergeschenke an privilegierte Personen und Gesellschaften. Die roten Zahlen lösen bei Bürgerlichen den Spar-Reflex aus, die Alternativen fordern eine gerechtere Besteuerung.**

**Stefan Gisler, Kantonsrat SGA, Alternative Fraktion und Mitglied der Staatswirtschaftskommission  
Bild BULLETIN**

Durch die Steuergesetz-Reform 2001 sind die Steuern in Zug bei Firmen so tief angesetzt, dass der Kanton trotz der jährlichen Neuansiedlung von 600 Unternehmen 50 Millionen weniger Steuereinnahmen von juristischen Personen einnahm als budgetiert. Die zu optimistische Budgetierung sowie die Rezession trugen zum schlechten Abschluss bei. Doch der Hauptgrund bleibt die Zuger Dumpingsteuer-Politik.

Diese reisst nicht nur Löcher in die Kantonskasse, auch die Gemeinden verlieren Steuereinnahmen. So schreibt die Stadt Zug erstmals seit 1971 ein Defizit - ebenfalls wegen Verlusten bei juristischen Personen. Erste Berechnungen für 2004 zeigen, dass die Stadt sogar in absoluten Zahlen Steuereinnahmen verliert. Je mehr privilegierte Gesellschaften, desto mehr Probleme haben die Gemeinden. Dies zeigt die ungesunde Wirtschaftsstruktur, die durch die Zuger Steuerpolitik geschaffen wird: weniger produzierende Betriebe, zu viele Holding-Gesellschaften.

## **Zug ist der Steuer-Superdiscounter**

Bürgerliche befürworteten diese Steuerenkungen, um angeblich neues Steuer-

substrat anzuziehen. Nur darum hätten wir ein Wachstum bei den Netto-Steuereinnahmen zu verzeichnen gehabt. Die Alternativen im Kantonsrat sind aber überzeugt: So hat der Kanton keine einzige Firma mehr gewonnen. Zug war damals und ist heute der Kanton mit der tiefsten Steuerbelastung.

Der Zuger Steuerindex lag im Jahre 2000 bei 58,2 Punkten. Dies bei einem Landesschnitt von 100 Indexpunkten. Das zweitgünstigste Nidwalden lag mit 71,1 Punkten weit zurück. Ein Jahr darauf - nach der Steuergesetzrevision - lag der Zuger Steuerindex noch bei 50,1 Punkten. Im Juni 2004 publizierte das eidgenössische Steuerdepartement die aktuellsten Zahlen. Zug hat 2003 noch immer die weitaus geringste Steuerbelastung - mit 52,3 Punkten. Es folgen mit grossem Abstand Schwyz mit 64,5 Punkten und der Tessin mit 71,7 Punkten.

Zug ist im Steuerbereich unter den Kantonen, was der Denner unter den Einkaufsketten ist: der Superdiscounter.

Zug ist auch international - und vor allem europaweit gesehen - weiterhin ein Superdiscounter. Mit einer Fiskalquote von 31,3 Prozent lag die Schweiz 2002 weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten; deren Schnitt liegt bei 36,6 %. In Europa weist die Schweiz die zweit-tiefste Fiskalquote aus. Nur Irland ist mit 28 % noch tiefer.

## **Steueroasen gefährden die Demokratie**

Durch die globale Liberalisierung des Kapitalverkehrs können sich Firmen und Superreiche immer einfacher der ordentlichen Besteuerung entziehen. Die Multis deklarieren ihre Gewinne dort, wo die niedrigsten Steuern anfallen. Über die Hälfte des Welthandels wird deshalb buchhalterisch über Steueroasen wie Zug abgewickelt. Die Erklärung von Bern warnt: «Wenn sich das reichste Spitzensegment der Gesellschaft aus dem Sozialpakt verabschiedet,

sind der soziale Zusammenhalt und die Demokratie gefährdet.» Steuerflucht und Steuerwettbewerb führen bei Entwicklungsländern zu Einnahmehinbussen um die 50 Milliarden Dollar - ebensoviel, wie weltweit an Entwicklungshilfe bezahlt wird.

## **Der Finanzdirektor warnt**

Zug ist eine treibende Kraft, dass auch andere Kantone glauben, mit Steuerdumping Standortpolitik machen zu müssen. Finanzdirektor Peter Hegglin warnte in einem «Zuger Presse»-Interview, dass wenn die Abwärtsspirale alle Kantone erfasst, am Schluss alle Kantone mit leeren Kassen dastehen. Und dann? Kein Kanton wird noch in der Lage sein, grundlegendste Staatsaufgaben zu übernehmen. Opfer dieser neoliberalen Aushöhlungs politik wird die Bevölkerungsmehrheit der Wenig- bis Normalverdienenden sein - und langfristig auch die Unternehmen.

Abgesehen davon ist Steuerdumping weder eine kluge, noch zukunftsgerichtete Standortpolitik. Steuern senken ist nicht exklusiv - jeder kann ein Superdiscounter werden. Zudem sind tiefe Steuern eben nicht der einzige Standortfaktor. Langfristig wirklich wichtig sind Bereiche wie Lebensqualität, Bildung, soziale Sicherheit, intakte Umwelt oder Mobilität (leistungsfähiger öffentlicher Verkehr, weil der private langfristig keine Perspektiven hat). Diese Angebote kosten etwas. Diese Investitionen lohnen sich. Dafür braucht es Steuergelder.

## **Tiefe Steuern = hohe Mieten**

Was sind die Folgen der Zuger Steuerpolitik? Die heute einseitig auf schnelles Wachstum ausgerichtete Steuerpolitik bedroht die Lebensqualität in unserem Kanton. Der Beton-Richtplan mit geplanten Strassen von 1,3 Milliarden Franken sowie mit massiven Einzonun-

gen von Grünflächen ist Ausdruck dieser Wachstumseuphorie. Die Zuger Steuerpolitik führt zu hohen Bodenpreisen und überhöhten Mieten. Doch in Zug gibt es nicht nur Unternehmen, sondern auch Menschen, die hier arbeiten und leben wollen. Und es kann nicht sein, dass sich in Zug nur noch Superreiche das Wohnen leisten können.

#### Unsoziale Kürzungen

Die bürgerlichen Sparpolitikerinnen und -politiker haben mit dem selbstproduzierten Loch in der Kasse die optimalen Voraussetzungen geschaffen, um ihr heiliges Mantra «Sparen, Sparen, Sparen» umzusetzen. Mit unsozialen Kürzungen sollen die Steuergeschenke für die Privilegierten finanzieren werden. Bei den zweckgebundenen Mitteln soll

gespart werden. Über 90 % dieser 314 Millionen Franken bestehen aus Aufwendungen für Soziales, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Kultur. Die Musikschule, Kinderkrippen, die Spitex oder die Krankenkassenprämien werden so für die meisten immer teurer.

In einem Jahr erfuhren die zweckgebundenen Mittel eine Kostensteigerung um 11,4%. Laut Finanzdirektion stiegen unter anderen vor allem Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Tatsache ist, dass Zug 2003 während langer Zeit die höchste Erwerbslosenquote der Deutschschweiz aufwies. In der Rezession entzieht sich die Wirtschaft der Verantwortung und überträgt die Kosten dem Gemeinwesen.

Nebst dem Sozialabbau planen einige Bürgerliche nach Jahren der Stellenplafonierung weitere Sparübungen beim

Staatspersonal. Das erstaunt. Denn selbst Bürgerliche geben der Verwaltung gute Noten für ihre Arbeit und bestätigen, dass alle sieben Direktionen personell unterdotiert sind. Die Bürgerlichen wollen eine bereits ausgequetschte Zitrone auspressen und hoffen mit den paar bitteren Tropfen den Staatshaushalt zu sanieren. Das funktioniert nicht.

Die Alternativen sind offen fürs Sparen und zwar dort wo es einschenkt - beim Strassenbau zum Beispiel. Die im Teilrichtplanverkehr bis 2020 vorgesehenen Ausgaben von 1,3 Milliarden sind unverantwortlich.

#### Vernünftige Steuererhöhungen

Zug hat nicht ein Ausgaben-, sondern primär ein Einnahmenproblem. Darum hat die Alternative Fraktion im Kantonsrat am 22. September 2003 eine Steuererhöhung eingereicht, die massvolle Erhöhungen von Steuersätzen bei denen vorschlägt, die es sich leisten können. Ohne natürliche Personen oder den produzierenden Werkplatz zu belasten. Und dennoch bliebe Zug in fast allen Kategorien – ausser bei den Millionären – der steuergünstigste Kanton. Diese Motion ist ein Basispapier, wie der Zuger Haushalt generell ins Lot zu bringen ist. Sie zeigt den Weg auf, wie der Finanzausgleich (NFA), welcher nun wie von uns prognostiziert auf über 120 Millionen Franken zu stehen kommt, zu finanzieren ist, ohne den Service public abzubauen. Die Zuger Regierung positioniert unseren Kanton mit ihrem steuerpolitisch begründeten Nein zum NFA als Profiteur: Erst mit Steurdumping anderen Steuergelder entziehen und dann nicht bereit sein, Solidarität mit weniger begünstigten Schweizer Regionen zu üben. Dabei gäbe es durchaus einen sozialen Grund zu einem NFA-Nein: Behinderte wehren sich gegen die «Kantonalisierung» und den zu befürchtenden Leistungsabbau. ■



Flaute in der Zuger Finanzbuchhaltung.

# NFA: Lücke zwischen Arm und Reich schliessen

**Auch finanzschwächere Kantone sollen künftig mit genügend Geldern die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen können. Das Projekt hierfür heisst NFA, welches den Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen anstrebt.**

**Philipp Bischof, BULLETIN-Redaktor  
Bild istockphoto.com**

Das heutige System der Verteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen und das bestehende System des Finanzausgleichs sind zu einem fast unentwirrbaren Dschungel geworden. Darum wurde vor 15 Jahren unter der Federführung des Eidgenössischen Finanzdepartements und der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren das Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben» (NFA) ins Leben gerufen, welches vordergründig drei Ziele verfolgt: die Entflechtung von Finanzströmen und Aufgaben, die Rückgewinnung von finanziellen Handlungsfreiheiten und politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Kantone sowie die Stärkung der Solidarität unter den Kantonen. Die Kantonsregierungen (bei einer Enthaltung), der Bundesrat und das Parlament haben es bereits verabschiedet, womit die Vorlage nun dem Stimmvolk vorliegt.

## **Grundsätzlich haushaltneutral**

Die NFA besteht also kurz gesagt aus zwei zusammenhängenden Teilen: der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung sowie dem neuen Finanzausgleich. Hier ist zu erwähnen, dass die NFA – wie von Teilen der SVP im Wahlkampf immer wieder gegenteilig behauptet wird – grundsätzlich haushaltneutral und kein Belastungsprogramm ist. Sie ist aber auch keine Sparübung, sondern ein ein-

faches Finanzinstrument mit zwei Besonderheiten. Erstens wird den unterschiedlichen Belastungen der Kantone in den Bereichen ihrer Topographie und ihrer soziodemographischen Aufgaben (z.B. Alter, Armut, Arbeitslosigkeit) Rechnung getragen, und zweitens fallen die unterschiedlich vorhandenen finanziellen Ressourcen der Kantone mehr ins Gewicht, da mit Annahme der NFA stärker vom Einnahmepotential statt von der Finanzkraft ausgegangen wird.

## **Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung**

Bei der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung geht es um rund fünf Milliarden Franken, die neu zugeteilt werden. Während gewisse Aufgaben künftig nur noch vom Bund übernommen werden (z.B. Armee oder Nationalstrassen), werden andere Bereiche nur noch Sache der Kantone sein (Sonderschulen, Wohnheime, kantonale Betagten- und Behinderten-Organisationen, Ausbildungsstätten für Fachpersonal der Sozialberufe, u.a.). Für die Übernahme dieser Aufgaben werden den Kantonen rund 2,2 Milliarden Franken zugeteilt. Kritisch anzumerken ist hier, dass diese zusätzlichen Mittel als «nicht zweckgebunden» bezeichnet werden. Dies könnte bedeuten, dass die Kantone die Gelder nicht wie bisher für Sonderschulen, Behindertenheime oder Prämienverbilligungen für Krankenkassen einsetzen, sondern sie in die allgemeinen Kantonsmittel einfliessen lassen. Wiederum andere Bereiche sollen neu durch interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich betrieben werden (z. B. Spitzenmedizin, kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Agglomerationsverkehr oder Abfall). So können Kantone beispielsweise auf Antrag dazu verpflichtet werden, für bezogene Leistungen eines anderen Kantons auch effektiv zu zah-

len. Vor allem Zentrumskantone werden davon profitieren, die heute oft hilflos der Trittbrettfahrerei ihrer Nachbarkantone gegenüberstehen.

## **Neuer Finanzausgleich**

Wie bereits erwähnt soll der neue Finanzausgleich über einen Ressourcenausgleich stattfinden, in dem der Bund und ressourcenstarke Kantone die ressourcenschwachen Kantone entlastet. Der Solidaritätsgedanke, der in einem föderalistischen Staat mit vier unterschiedlichen Kulturen besonders wichtig ist, soll hier zum Tragen kommen. Weiter erfolgt der Finanzausgleich über einen Lastenausgleich für Sonderlasten. Dazu gehören wie bisher die Topographie und neu die soziodemografischen Lasten, was vor allem Kantonen mit grossen Zentren zu Gute kommt. Neues Kriterium für den Ressourcenausgleich ist das Einnahmepotential anstelle der Finanzkraft. Ein Kanton mit mehr Staatsleistungen – und deswegen höherer Steuer – erhält allein durch diesen Umstand nicht mehr wie bis anhin zusätzliche Gelder zugesprochen. Das bedeutet, dass Kantone mit finanzschwächeren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern künftig ebenso vom Finanzausgleich profitieren dürfen und somit die Lücke zwischen armen und reichen Kantonen geschlossen werden kann.

## **Wer bezahlt, wer bezieht**

Gemäss ersten Berechnungen zahlt der Bund 1,4 Milliarden Franken in den NFA-Topf, die sieben reichsten Kantone zusammen eine weitere Milliarde. Während der Kanton Zürich im horizontalen Ressourcenausgleich rund 570 Mio. Franken zahlt, teilen sich die sechs weiteren ressourcenstarken Kantone Genf, Zug, Basel-Stadt, Basel-Land, Schwyz und Nidwalden den Rest. Die

### Das grosse Rechnen der Kantone

grössten Nehmerkantone sind Bern, Wallis, Luzern, Freiburg, Thurgau, St. Gallen und Tessin. Heute finanziert Zug beispielsweise als finanzstarker Kanton rund 120 Mio. Franken des horizontalen Finanzausgleichs zu Gunsten der finanzschwachen und mittelstarken Kantone. Die Einführung der NFA bringt für den Kanton Zug und seine Gemeinden ohne Berücksichtigung des interkantonalen Lastenausgleichs eine jährliche Mehrbelastung von weiteren 121 Mio. CHF oder von rund fünfzig Prozent seines bisherigen Beitrags.

#### Zuger «Nein» zur NFA

Der Zuger Regierungsrat ist der Ansicht, dass der Finanzausgleich zwar reformbedürftig und die neue Aufgabenteilung notwendig sei, lehnt aber die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung ab. Die Entwicklung der NFA sei für ihn «unberechenbar» und die Rahmenbedingungen würden «zu viele Unsicherheitsfaktoren» beinhalten. Ausserdem belaste die NFA den Kanton Zug unverhältnismässig stark, und zwar ohne Garantie, dass die wirtschaftlichen Unterschiede der Kantone wirksam vermindert würden. Der Regierungsrat des Kantons Zug ist zwar bereit, finanziell mehr beizutragen als bisher, fordert jedoch als Gegenleistung Nachbesserungen, die den finanziellen Ausgleich unter den Kantonen regeln, sowie eine Maximalgrenze für die Belastung der Geberkantone.

#### Bürgerliches Eigentor

In einem Land mit einem Steuergefälle von fast 1:3 tut Solidarität Not. Dies sehen aber leider nicht alle so im Kanton Zug. Vor allem jene nicht, die sich für die Steuersatzsenkungen bei der 2001 in Kraft getretenen Steuergesetzrevision stark machten und damit dem kantonalen und den meisten kommunalen Ge-



meinwesen rote Zahlen bescherten. Dies bevor das Stimmvolk überhaupt über die NFA-Vorlage befunden hat und die Staatsrechnung des Kantons Zug mit Mehrbelastungen konfrontiert worden ist. Es scheint schon komisch, dass die Bürgerliche Mehrheit des Zuger Kantonsrats durch Steuergeschenke freiwillig auf Steuergelder verzichtet, gleichzeitig aber nicht damit Leben kann, wenn durch solidarische Abgaben an finanzschwächere Kantone weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Leider hat der Kanton Zug mit den tiefsten Steuern in der Schweiz eine wenig vorausschaubare Steuerpolitik verfolgt. Zwar ist der Steuervorteil attraktiv für ansiedlungswillige Unternehmen, aber der Steuersatz ist nicht der einzige Standortfaktor. Miet- und Bodenpreise werden genauso

in die Überlegungen einbezogen. Und wie sich tiefe Steuern auf Preise für Mietobjekte auswirken, ist allseits bekannt. Die Zuger Steuerpolitik und das daraus resultierende Steuergefälle entwickelt sich immer mehr zum politischen Eigentor.

#### Innovative Reform

Der Neue Finanzausgleich wird zu einer deutlichen Stärkung des schweizerischen Föderalismus beitragen, sowohl hinsichtlich Umverteilung als auch Effizienz. Er stellt eine für die Schweiz bemerkenswert innovative Reform dar und liegt im langfristigen Interesse sowohl des Bundes als auch der Kantone (Zug inklusive). Das Stimmvolk hat wie immer das letzte Wort. ■

# Demokratie im Unternehmen

**SORGIM (MIGROS rückwärts geschrieben) ist ein Verein, welcher sich dafür einsetzt, dass die Migros-Ideale in der Migros gelebt werden und die Bevölkerung diese Ideale kennt. Pierre Rappazzo, Präsident des Vorstands von SORGIM, wurde vom BULLETIN zu den Zielen und Projekten des Vereins befragt.**

**Judith Kellenberger, BULLETIN-Redaktorin**  
Bild Judith Kellenberger

**BULLETIN:** Was ist SORGIM?

**Pierre Rappazzo:** SORGIM ist ein Verein, der die Wirtschaft demokratisieren will - als erstes die Migros.

**BULLETIN:** Interessant, Übernahme des Kapitals durch das Proletariat, Marx hätte seine Freude daran. Anfangs Jahr war SORGIM Thema einer mehrteiligen Berichterstattung in der WOZ. Ich las, ihr wolltet die Migros schon dieses Jahr übernehmen?

**Pierre Rappazzo:** Ja, aber die erhoffte Lawine ging noch nicht los. Am Anfang wollten wir nur, dass die Migros sich an die Vorgaben Duttweilers hält. Erst mit der Beschäftigung seiner Theorien verstanden wir den tieferen Sinn seiner Idee. Du musst wissen, er erfand die direktdemokratische Unternehmensführung vor über einem halben Jahrhundert und verankerte diese in den Statuten der Migros.



**BULLETIN:** Toll! Aber die Migros funktioniert doch nicht anders als alle anderen neoliberalen Grossunternehmen. Machthunger setzt sich durch, teilweise sind die Migros Manager schlimmer als die anderen. Ich kenne da so einige Beispiel aus Zug. Die Arbeitswelt der Frauen ist geprägt durch die Kontrolle von Männern. Dabei verdienen sie einen Bruchteil der Männergehälter und haben kaum eine Chance, bis in die Chefetagen zu kommen. Die Arbeitsgeschwindigkeit der Kassiererinnen wird gemessen und am Anschlagbrett publiziert. Das ist nicht Ansporn, sondern Peitsche.

**Pierre Rappazzo:** Das sind gute Beispiele, die zeigen, dass auch in der Migros Verbesserungspotential vorhanden ist. In der Bevölkerung hat die Migros aber noch immer einen hervorragenden Ruf. Dieser ist wohl noch auf Duttweiler zurückzuführen. Mit Institutionen wie das Kulturprozent, das Gottlieb Duttweiler Institut, diverse Parks, Sportanlagen und anderen gemeinnützigen Einrichtungen etablierte er einige sehr positive Elemente.

**BULLETIN:** Warum braucht es denn SORGIM, wenn die Leute zufrieden sind?

**Pierre Rappazzo:** Vielleicht steht diese Zufriedenheit im Zusammenhang mit den über 200 Mio. Schweizer Franken, welche die MIGROS für Werbung ausgibt? Sicher könnte man mit diesem Geld Sinnvolleres anstellen! Zudem geht es um viel mehr, als um die MIGROS. Mit SORGIM verändern wir über die MIGROS die Wirtschaft. Wir werden beweisen, dass demokratisch geführte Unternehmen erfolgreicher sind als klassisch, militärisch geführte Unternehmen.

**BULLETIN:** Lass uns diesen Satz zum Anlass nehmen, über Dein Buch zu sprechen.



**Pierre Rappazzo:** Gleich vorneweg, es ist nicht mein Buch, sondern unser Buch.

**BULLETIN:** Meinst du, es ist auch mein Buch?

**Pierre Rappazzo:** Genau, ich bin nur der Ghostwriter (Anmerk. der Red.: Jemand, der für andere schreibt). Es wird als freies Buch im Internet veröffentlicht. Ein spezielles Forum ermöglicht jeder interessierten Person, an diesem Buch mitzuschreiben. Natürlich ist auch Kritik willkommen, denn nur über die Diskussion finden wir den besten Weg.

**BULLETIN:** Ganz meine Meinung, aber ist das kein Chaos, wenn jeder schreiben kann, was er will?

**Pierre Rappazzo:** Natürlich sind einige Regeln zu beachten. Heute werden professionelle Software Produkte und Enzyklopädien wie [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de) auf diese Weise geschrieben. Warum nicht auch ein betriebswirtschaftliches Lehrbuch?

**BULLETIN:** Aha, jetzt wissen wir auch, dass es ein Wirtschaftsbuch ist. Bist du ein neoliberaler Hardliner, oder wo ist das SORGIM Buch politisch einzuordnen?

**Pierre Rappazzo:** Die Frage ist umzukehren: Wo ordnet die Politik das SORGIM Buch ein? SORGIM wurde bis jetzt von der NZZ und der WOZ besprochen. Daran könnte man schliessen, dass die SORGIM Idee liberal und progressiv ist. Ich könnte mir auch gut vorstellen, dass eine eher links orientierte Allianz dieses



Pierre Rappazzo

Thema aufgreift und sich so in Wirtschaftsfragen alternativ zur rechtsbürgerlichen Wirtschaftsallianz kompetent positioniert.

**BULLETIN:** Ja, das wäre eine grossartige Chance, den WählerInnen auch auf dem Gebiet der Wirtschaft eine menschenfreundliche Alternative anzubieten. Finanziell wäre sie auch erfolgreicher als die rechtsbürgerlichen Luftschlösser wie Steuersenkung und Sozialabbau sowie ein Qualitätsabbau durch Kostensenkungen am falschen Ort.

**Pierre Rappazzo:** Genau. Wir befinden uns in einem globalen Wettbewerb, das ist wohl unbestritten. Nicht billige Arbeiter kommen, um uns die Arbeit wegzunehmen, sondern die Arbeit geht von uns weg. Laut rechtsbürgerlichen Wirtschaftsexperten können wir dieser Herausforderung nur dadurch begegnen, dass wir unsere Kosten auf das Niveau der ausländischen Konkurrenten senken.

**BULLETIN:** Im Klartext: Die Löhne der Mitarbeitenden auf das Niveau der asiatischen Konkurrenz senken.

**Pierre Rappazzo:** Wobei dann eine beidseitige Annäherung stattfände! Nicht besser sind die Vorschläge von ganz links und ganz rechts, unsere Märkte durch Subventionen, Zölle, Einfuhrbeschränkungen und regulierten Personenverkehr zu schützen. Das hat noch nie funktioniert, sondern verlängert nur den Leidensweg.

**BULLETIN:** Eine Crux, an der die Linke auch häufig hängen bleibt.

**Pierre Rappazzo:** Es gibt einen besseren Weg. Wir können dieser Herausforderung aktiv und innovativ begegnen, indem wir unsere Stärken ausspielen. Der Erfolg Westeuropas und insbeson-

dere der Schweiz gründet auf ihrem Erfolg in der politischen Demokratie. Mit dem SORGIM Buch beweisen wir, dass sich diese demokratische Organisationsform auch auf grosse Unternehmen erfolgreich anwenden lässt. Die Mitarbeiter sind motivierter, das Unternehmen ist effizienter und innovativer. Anstatt über den Preis mit den internationalen Mitbewerbern zu konkurrieren - ein aussichtsloser Kampf -, können wir über die demokratische Unternehmensführung die fernöstliche Konkurrenz ausbieten. Das ist ein Vorteil, den die an diktatorische Systeme gewohnten Asiaten kaum so rasch nachahmen können.

**BULLETIN:** Klingt gut, aber wo ist der Beweis, dass diese Theorie auch in der Praxis funktioniert?

**Pierre Rappazzo:** Das Beispiel eines grossen Unternehmens, welches seit über 20 Jahren basisdemokratisch geführt wird. Es befindet sich in Brasilien und wird als das erfolgreichste Unternehmen Lateinamerikas bezeichnet, mit über 3 Mia. Umsatz pro Jahr und dem schnellsten Wachstum Südamerikas. Wer noch ernsthaft abstreitet, dass demokratisch geführte Organisationen weniger erfolgreich sind als diktatorische, muss diese Meinung sehr gut begründen.

**BULLETIN:** Und was steht im SORGIM Buch konkret?

**Pierre Rappazzo:** Im SORGIM Buch werden die Strukturen und die Geschichte der Migros besprochen, die Stärken und Schwächen der Marktwirtschaft diskutiert, die Theorie der «digitalen demokratischen Unternehmensführung» erklärt, und es wird aufgezeigt, weshalb Unternehmen erfolgreicher agieren, wenn sie nach dieser digital demokratischen Führungstheorie geleitet werden.

Aber am besten liest jede Person selbst, wie es funktioniert, und beteiligt sich an der Diskussion übers SORGIM Forum.

**BULLETIN:** Ist es auch für Laien verständlich, die nicht Betriebswirtschaft studiert haben?

**Pierre Rappazzo:** Ich habe explizit versucht, das Buch für ein breites Publikum zu schreiben. Erste Reaktionen zeigen, dass dies gut gelungen ist. Aber wenn du etwas nicht verstehst, kannst du unter [www.sorgim.ch/forum](http://www.sorgim.ch/forum) ungeniert fragen und erhältst interessante Antworten.

**BULLETIN:** Kann ich dieses Buch auch irgendwo in gedruckter Form kaufen?

**Pierre Rappazzo:** Noch nicht. Aber sobald wir einen Verleger haben, steht dem nichts im Wege. Ich könnte mir vorstellen, jedes Jahr die aktuellste Version in Buchform herauszubringen. Bis dahin musst du das Buch übers Internet ausdrucken.

**BULLETIN:** Pierre, herzlichen Dank für dieses Interview. Ich bin sicher, dass wir Zeugen vom Beginn einer grossartigen Entwicklung sind. Ich wünsche euch nicht viel Erfolg, das werdet ihr sowieso haben, sondern einen möglichst raschen Erfolg. Es ist schade um jeden Tag, der ohne SORGIM verstreicht. ■

Mehr Infos zu SORGIM unter [www.sorgim.ch](http://www.sorgim.ch). Diskutieren Sie mit unter: [www.sorgim.ch/forum](http://www.sorgim.ch/forum)!

Pierre Rappazzo steht für ein offenes Gespräch in einer Runde zur Verfügung. Wer macht mit? Bitte anmelden unter: [jukelly@gmx.ch](mailto:jukelly@gmx.ch)

# Osthilfe gefährdet

Seit dem Fall der Mauer 1989 finanzierte die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) 800 Projekte, welche die Länder des Ostens beim wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handel unterstützten und die schwersten sozialen Folgen abfedern halfen. Im Auftrag des Bundes führt auch das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH Projekte im Osten durch. Diese Aufbauhilfe ist durch rechtsbürgerliche Sparpolitik in Frage gestellt.

**Zoltan Doka, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk, Programmverantwortlicher Osteuropa  
Bild SAH**

Partner der SAH-Programme im Osten sind in der Regel die Gewerkschaften - die wichtigste Kraft der zivilen Gesellschaft. Das SAH fördert auch den sozialen Dialog zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es hilft den Gewerkschaften bei der Professionalisierung ihrer Verbände. Und mit Unterstützung des Arbeiterhilfswerks führen die Gewerkschaften Projekte zu Gunsten von Erwerbslosen durch. So in Rumänien, wo das SAH seit 1990 tätig ist. Das von der DEZA mitgetragene Projekt «Arbeitsmarkt und Modernisierung der Gewerkschaften» wird mit einem Volumen von 1,9 Millionen Franken für die Jahre 2003 bis 2005 durchgeführt. Das Projekt bietet in fünf «Stahl-Städten» Rumäniens, die eine extrem hohe Arbeitslosigkeit haben, Arbeitslosenberatung für die Umschulung von Erwerbslosen und die KMU-Förderung an. Im Jahr 2002 und 2003 wurden im Rahmen des Projektes jeweils rund 10'000 Erwerbslose unterstützt, 4000 haben eine neue Stelle gefunden, und 500 KMU wurden in ihrer

Gründung begleitet.

## Arme bezahlen für die Reichen?

Ein aktueller Bericht der ETH Zürich und unabhängige Experten zeigt, dass die Osthilfe durch verschiedenste von der DEZA beauftragte Organisationen äusserst erfolgreich ist. Mit ein Grund weshalb das Aussenministerium einen neuen vierten Ost-Rahmenkredit von 1,2 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre beantragte. Doch der Bundesrat wollte diesen Betrag um 700 Millionen kürzen. Das Geld sollte in den EU-Kohäsionsfonds fließen – einem Fonds zu Gunsten der wirtschaftlichen Eingliederung der neuen EU-Länder.

Besonders stossend waren die massiven Kürzungs-Vorschläge, weil der mit der EU ausgehandelte Schweizer Beitrag in den Kohäsionsfonds ein politischer Deal war. Im Gegenzug liess sich die Schweiz bei den Bilateralen Verträgen II das Bankgeheimnis garantieren. Um den Reichtum der Reichsten zu garantieren, sollten nun die ärmsten Menschen im Osten doppelt bestraft werden: Einerseits leiden gerade sie unter der vom Bankgeheimnis begünstigten Steuerflucht, denn die für die Entwicklung benötigten Gelder werden abgezogen. Zweitens erhalten sie nun durch die Schweiz nur noch eine magere Unterstützung.

## Aufschub vor Abfuhr?

Der Ständerat sprach sich am 17. Juni vorerst einstimmig gegen die Verquickung der Osthilfe mit dem EU-Kohäsionsfonds aus. Der Nationalrat zog in der Herbstsession nach. Dabei wurde ausdrücklich die Wirksamkeit der bisherigen Schweizer Aufbauhilfe in osteuropäischen Ländern jenseits der EU-Grenze gelobt. Der aktuelle dritte Rahmenkredit wird bis Ende 2006 verlängert. Weitere 400 Millionen Franken



**KMU-Förderung: ein Schreinerbetrieb in Targoviste, Rumänien.**

sollen bis dann in die Projekte fließen. Mit diesem Kompromiss kann eine Minimal-Osthilfe aufrechterhalten werden. Allerdings bedauert das SAH die faktische Kürzung des Ostkredits. Statt den vorgesehenen 1,2 Milliarden bis 2008 gibt's vorerst 400 Millionen bis 2006.

Und es besteht das grosse Risiko, dass im Jahre 2006 die Osthilfe weiter gekürzt wird. Das macht nicht nur aus solidarischen, sondern auch aus staatspolitischen Gründen keinen Sinn. Es ist im Interesse der Schweiz, diese Länder politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Und laut Christian Hofer, Sprecher des Seco, fliesst für jeden investierten Franken 1,5 Franken zurück in die Schweizer Wirtschaft.

Mit dieser Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit rückt die Schweiz noch mehr vom eigenen Ziel ab, 0,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die Hilfe armer Länder aufzuwenden. Die UNO schlägt gar die Richtgrösse von 0,7% vor, um das Millenniumsziel «Halbierung der Armut weltweit bis 2015» zu erreichen. ■

Das SAH ist ein politisch linkes Hilfswerk und leistet seit 1936 im In- und Ausland einen aktiven Beitrag für eine sozial und wirtschaftlich gerechtere Welt. Mehr Infos: [www.sah.ch](http://www.sah.ch) – Spendenkonto 80-188-1.

# Politische Raserei

Die inneren Einsätze der Armee, das Hau-Ruck-Verfahren bei der Asylgesetzrevision sowie die Wellen der Wakeboard-Vorlage sind die Hauptthemen des Rückblickes von Hanspeter Uster auf die letzten Wochen.

**Hanspeter Uster, Regierungsrat  
Alternative, Baar  
Bild istockphoto.com**

Angesichts der Tatsache, dass die Landesverteidigung überholt ist, ergreifen das VBS und die Militärführung die Flucht in die inneren Einsätze. Das liegt hauptsächlich an den Schwierigkeiten der Armee, im Ausland Arbeit und damit Legitimation zu finden. Die Legitimierung der Armee im Feld der Inneren Sicherheit könnte in den nächsten Jahren zu einer Schlüsselfrage werden, die nicht einfach nach einem Links-Rechts-Schema abläuft. Denn auch Liberale, bürgerliche Polizeidirektorinnen und -direktoren, der Verband der Polizeibeamten, eine ganze Reihe von Polizeikommandanten, Grenzwächter und viele Offiziere und Soldaten wehren sich gegen den Einsatz der Armee in der Inneren Sicherheit. Zuerst einmal sind es ganz praktische Gründe. Nehmen wir das konkrete Beispiel der Botschaftsbewachung. Nur ein gut ausgebildeter Polizist kann eine unklare Situation vor einer Botschaft richtig einschätzen. Ein Soldat oder ein zwanzigjähriger Durchdiener ohne viel Lebenserfahrung, der das einmal in seinem Leben für eine beschränkte Zeit macht, wird dies nie in der geforderten Qualität machen können. Und welches Symbol ist eine von der Armee bewachte Botschaft für das Ausland: eine Schweiz im Belagerungszustand?



## Keine Vollkosten

Zudem rechnet die Armee ihre Einsätze nicht mit Vollkosten und schon gar nicht mit dem Wertschöpfungsverlust, welche die Wirtschaft erleidet, wenn ihre Angestellten für Bewachungsdienste und andere subsidiäre Einsätze abkommandiert sind. Letztlich geht es bei allen subsidiären Einsätzen in der Inneren Sicherheit um die Frage, ob es sich hier um eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen oder um eine kantonale Aufgabe geht. Kantone und Bund haben mit der NFA ein Instrumentarium entwickelt, das erlaubt, die richtige Aufgabenteilung gestützt auf eine saubere Vollkostenrechnung vorzunehmen. Statt viel Geld in teuren militärischen Strukturen zu binden oder solche sogar neu aufzubauen und aufwändig auszubilden, sind die Finanzmittel den zivilen kantonalen Behörden zur Verfügung zu stellen. Eine ganze Reihe von Staatsrechtlern hat zudem auch verfassungsrechtliche Bedenken. Die Bundesverfassung sieht nämlich subsidiäre Einsätze der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden nur bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit vor. Davon kann aber im heutigen Zeitpunkt keine Rede sein.

## Wakeboard-Wellen

Noch selten hat eine Vorlage so viele Wellen geworfen. Das hatte sicher mit dem Sommerloch zu tun, aber auch mit der grundlegenden Frage, wie das Verhältnis von Freiheit, Rücksichtnahme und Naturschutz gestaltet werden soll. Immerhin hat das Bundesgericht in einem vor-

**Nicht nur auf Schweizer Strassen wird gerast.**

läufigen Entscheid die Wakebaord-Verordnung der Regierung als verhältnismässig bezeichnet.

## Raser – ein Problem

Im Februar kam aus dem Kantonsrat die Kritik, die Polizei mache zu viele Verkehrskontrollen. Wie wichtig diese aber zum Schutz von Leib und Leben sind, zeigt die Raserdiskussion der letzten Monate. Mit einer neuen Praxis greift die Zuger Polizei nun noch schärfer durch, um Autorennen auf der Zuger Bahnhof- und Industriestrasse im Ansatz zu verhindern: Wer mit seinem Auto nur schon übermässig Lärm verursacht, muss den Ausweis sofort abgeben.

## «Papier und noch mehr Papierlose»

Das produziert Bundesrat Blocher. So zitierte der SonntagsBlick Regierungsrat Hanspeter Uster (der Artikel ist abrufbar unter [www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)). Eine weitere Verschärfung des Asylrechts soll in einer Hau-Ruck-Übung durchgezogen werden, die Kantone hatten kaum Zeit zur Vernehmlassung. Dagegen nahm auch die Zuger Regierung in der Antwort auf eine kleine Anfrage von SGA-Präsident Stefan Gisler klar und deutlich Stellung; sie kritisierte neben dem Verfahren aber auch verschiedene Punkte der Blocher-Ideen wie die Ausweitung des Fürsorgestopps auf Asylsuchende und die Durchsetzungshaft. Wie fatal es ist, wenn die Stimmung gegen Ausländerinnen und Ausländer angeheizt wird, zeigt das verheerende Abstimmungswochenende zu den Einbürgerungsvorlagen. Allerdings hielt Hanspeter Uster im Interview fest, dass die Linke einen Fehler macht, wenn sie die Augen verschliesst vor Problemen, die eine kleine Minderheit von Ausländern macht. Dazu gehört auch ein Teil der Raser. Gegen diese wird im Kanton Zug bereits seit Jahren konsequent vorgegangen. ■

# Tangente Neufeld – eine Totgeburt?



Das Naherholungsgebiet zwischen Inwil und Baar würde durch die sogenannte Tangente Neufeld zerstört.

**Mit einer neuen Hochleistungsstrasse zwischen Inwil und Baar will die Zuger Regierung eines der wichtigsten Naherholungsgebiete zwischen Zug und Baar durchschneiden und zerstören. Noch ist die Strasse nicht gebaut.**

**Berty Zeiter, Kantonsrätin der Alternativen Fraktion, Baar  
Bild Adelina Odermatt**

Zusammen mit einem Gast sitze ich auf unserem Gartensitzplatz direkt an der Ägeristrasse in Baar. Plötzlich meint mein Gegenüber: «Unglaublich, wie der Verkehr an der Ägeristrasse in den letzten Jahren zugenommen hat.»

Ja, das ist wahr. Wie können wir diesen überbordenden Verkehr bloss in den Griff kriegen? Eine Machbarkeitsstudie des Kantons meint: mit der Tangente Neufeld.

## **Teure Tangente**

Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Variante soll den vom Talacher nach

Baar fliessenden Verkehr beim Margel (Bauernhof ca. 200m oberhalb Baarer Dorfende) auf eine neue Strasse leiten. Diese würde voraussichtlich dreispurig im Hang in die Ebene zwischen Baar und Inwil hinunter führen, mit einem 360m langen Tunnel beim Hof Geissbühl. In die Baarer Ebene kämen drei Verkehrsknoten zu liegen: Knoten Rigistrasse, Kreisel Inwilerriedstrasse und Knoten Industriestrasse. Die Strasse verliefte weiter über die grüne Wiese, entlang dem Rosenwegquartier zum Knoten Neufeld (Kreuzung Zuger- und Südstrasse) und dann über die Kreuzung Süd- und Weststrasse zur Autobahnauffahrt. Die neue Strasse würde vollumfänglich auf Baarer Boden zu liegen kommen. Nebst der Ost-/West-Verbindung zwischen Berg und Tal erschlosse sie auch die beiden Arbeitsplatzgebiete Göbli und Baarermatte. Die Kosten für dieses Projekt bewegen sich um 150 Mio. Fr., und eröffnet werden soll die Strasse etwa im Jahr 2016.

Bereits vor vier Jahren haben Baar und Zug gemeinsam ein Generelles Projekt erstellt, das wegen verkehrs- und sicherheitstechnischer Mängel überarbeitet werden musste. Eine neue Machbar-

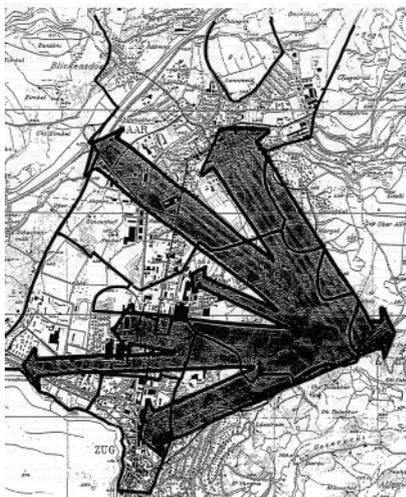
keitsstudie liegt nun vor, und die Regierung beantragt einen Kredit von 3,2 Mio. Fr., um ein zweites Generelles Projekt ausarbeiten zu können. Am 5. Mai 2004 stellte die Baudirektion diese Studie der Öffentlichkeit vor. An der Veranstaltung in Baar regte sich jedoch massiver Widerstand, sowohl von Seiten der betroffenen Bevölkerung wie auch kritischer Politikerinnen und Politiker.

## **Alternative Fraktion dagegen**

Die Alternative Fraktion (AF) des Kantonsrates hat sich bereits bei der Beratung des Verkehrsrichtplanes gegen die Tangente Neufeld ausgesprochen. Auch jetzt nimmt sie klar Stellung gegen den Kredit zur Ausarbeitung des Generellen Projektes. Ihre hauptsächlichen Gründe sind:

■ Wir sind der Überzeugung, dass die Problematik des zunehmenden Verkehrs nicht mit Strassenbauten dieses Ausmasses gelöst werden kann. Im Gegenteil: Mit dem Bau neuer Strassen wird neuer Verkehr generiert. Die Entlastung der Ägeristrasse wie des Baarer Dorfkerns ist beschränkt und wird nur von kurzer Dauer sein.

- Die bürgerlichen Politiker in den Berggemeinden möchten eine bessere Anbindung an die Autobahn. Wunschlinien-Berechnungen zeigen jedoch, dass ein Grossteil der Autos im Talacher eher die Arbeitsplatz-Zentren von Zug und Baar erreichen wollen. Für die Berggemeinden als Arbeitsorte würde die neue Strasse einen negativen Einfluss haben und deren Entwicklung zu Schlafgemeinden fördern.
- Die Berggemeinden leiden bereits jetzt unter starkem Durchgangsverkehr aus dem Hinterland, der durch eine attraktive Autobahnanbindung massiv verstärkt



Die Karte zeigt die Wunschlinien des Verkehrs zwischen Talacher und ausgewählten Gebieten im Raum Zug-Baar sowie zwischen dem A4a-Anschluss Zimbel und der Chamerstrasse. Sie zeigt deutlich, dass der «Durchgangsverkehr» vom Berg zur Autobahn nur einen kleinen Teil ausmacht. Das meiste ist Ziel-Quellverkehr nach Baar und Zug. (Karte aus: Kantonsstrassenplanung im Raum Zug/Baar, Bericht zur Korridorwahl, März 2000)

würde. (Man beachte nur mal morgens oder abends in Menzingen die unzähligen Autos mit SZ- oder ZH-Schildern, die sich durch die enge Dorfdurchfahrt zwängen.)

- Landschaftsschützerische Überlegungen lassen uns antreten gegen die Zerschneidung des Naherholungsgebietes zwischen Baar und Inwil. Wir wehren uns gegen eine Hochleistungsstrasse mitten durch eine Grundwasserzone und durch Landwirtschaftsgebiet hindurch. Und die Anwohnerinnen und Anwohner werden trotz vorgesehener Schutzmassnahmen unter Lärmemissionen zu leiden haben.

- Im Kanton Zug sind momentan drei grosse Strassenprojekte in Planung: die Nordzufahrt als Anbindung des Stadtzentrums Zug an die Autobahn (ca. 120 Mio. Fr.), das Kammerkonzept Ennetsee als Entlastungs- und Umfahrungsstrasse von Cham (mind. 210 Mio. Fr.) und die Tangente Neufeld (ca. 150 Mio. Fr.). Die Finanzierung der Nordzufahrt scheint sichergestellt zu sein. Doch weitere solche Mammutprojekte im Kanton Zug könnten nur durch mehrmalige Motorfahrzeugsteuer-Erhöhungen finanziert werden - wozu das Volk sicher nicht Ja sagen wird.

- Die Alternative Fraktion kritisiert, dass eine Zweckmässigkeitsstudie zum Projekt erst nach Kreditsprechung von 3,2 Mio. Fr. erstellt werden soll. Damit wird das Ross am Schwanz aufgezümt. Bevor geplant wird, sollte klar sein, ob die Strasse den gewünschten Zweck überhaupt erfüllt. Wir hegen berechtigte Zweifel daran.

#### Bypass statt Tangente

- Der Kanton Zug droht im Verkehr zu ertrinken. Wirksame Ansätze dagegen liegen vor allem in der konsequenten Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die Inbetriebnahme der Stadtbahn im Dezember 2004 ist ein grosser Schritt in

die richtige Richtung. Die Sparübungen von Bund und Kanton dürfen deren Erfolg nicht gefährden.

- Mit Nachdruck muss das Ziel einer Verbesserung des Modalsplits angepeilt werden. Das heisst konkret, immer mehr Autofahrerinnen und Autofahrer sollen durch gute Bedingungen motiviert werden, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen.

- Der Wunsch der Berggemeinden für einen besseren Anschluss an die Stadtbahn ist gebührend zu beachten und umzusetzen. Dadurch wird die Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität in den Dörfern erhalten. Ein weiterer Ausbau der Buskapazität und evtl. Spezialtarife sind ernsthaft zu prüfen.

- Die Entlastung der Quartiere Guthirt und Inwil kann durch ein stark redimensioniertes Projekt bewirkt werden, durch einen unterirdisch geführten Bypass von der Industriestrasse zum Knoten Neufeld. Dadurch kann das Guthirt-Quartier verkehrssarm gemacht und der Dorfkern Baar wirksam entlastet werden. Diese Idee brachte die SGA Zug/Baar bereits in ihrem Gesamtverkehrskonzept anno 2000 ein (vgl. BULLETIN 2/00).

#### AF will Zweckmässigkeitsstudie

Konkret wird die Alternative Fraktion im Kantonsrat die Rückweisung des Kredites für das Generelle Projekt «Tangente Neufeld» beantragen und stattdessen eine vorgezogene Zweckmässigkeitsstudie verlangen. Zugleich reicht sie eine Motion ein, nach der zeitgleich eine Zweckmässigkeitsstudie zum Bypass Industriestrasse/Neufeld erstellt werden soll. Wird die Fraktion ihr Ziel einer Überprüfung der Zweckmässigkeit nicht erreichen, so besteht bei Vorliegen des Generellen Projektes und dem Ersuchen um einen Planungskredit in ungefähr zwei Jahren die erste Möglichkeit, das Referendum dagegen zu ergreifen. ■

# Do you speak French?

An der Zuger Primarschule sollte ab 2005 Englisch ab der dritten Klasse erteilt werden. Gegen die Einführung einer zweiten Fremdsprache an der Primarschule wurde eine Initiative lanciert. Innerhalb der Alternativen Fraktion sind die Meinungen vielfältig. Am Roundtablegespräch vom 10. September 2004 nahmen folgende Personen teil:

- Alice Stäuble, Leiterin der Tagesschule Erika und Mitglied des kantonalen Erziehungsrates
- Erwina Winiger Jutz, Kantonsrätin, Fachlehrerin und Schulhausleiterin
- Michael Klausener, Lehrer Mittelstufe II und Schulhausleiter

Martin Stuber, BULLETIN-Redaktor  
Bilder Martin Stuber

**BULLETIN:** Die Einführung des Modells 3/5 (Frühenglisch ab der 3. Primarklasse, Frühfranzösisch ab der 5. Primarklasse) sorgt nicht nur im Zuger Bildungssektor für heisse Köpfe. Nachdem der Kantonsrat anlässlich einer Interpellation am 27. Mai über die Einführung des Modelles intensiv diskutiert hatte, wurden nun die zwei damals in Aussicht gestellten Initiativen lanciert. Erwina, kannst du als Mitinitiantin kurz den Inhalt und die Gründe für die Lancierung erläutern?

**Erwina Winiger:** Die eine Initiative betrifft die Fremdsprachen. Wir sind der Meinung, dass eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt. Dabei favorisieren wir das Englisch. Mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe wird es zu kopflastig. Zum zweiten wollen wir keinen Abbau beim Handwerklichen Ge-

stalten, wie er mit der neuen Studententafel geplant ist. Wir befürworten eine ganzheitliche Bildung.

**BULLETIN:** Zur zweiten Initiative werden wir im nächsten BULLETIN ein Roundtablegespräch machen, heute konzentrieren wir uns auf das Frühenglisch. Weshalb habt ihr das Mittel der Initiative ergriffen?



**Erwina Winiger:** Die Initiative blieb der letzte Weg, nachdem die Direktion für Bildung und Kultur (DBK) am Modell 3/5 festgehalten hatte. Dies obwohl die Vernehmlassung keine mehrheitliche Befürwortung dieses Modells zeigte und die schulnahen Organisationen sich sogar grossmehrheitlich für das Modell 3/7 ausgesprochen haben. Wir haben zudem den Eindruck erhalten, dass auch im Erziehungsrat die Sache schon festgenagelt war und es keinen Diskussionspielraum mehr gab. Wir sind relativ spät mit der Initiative gekommen, weil wir lange gehofft hatten, dass sich die DBK nach der Auswertung der Vernehmlassung noch bewegt, was aber nicht geschah.

**BULLETIN:** Alice, du bist Mitglied des Er-

ziehungsrates und befürwortest das Modell 3/5. Was sind deine Beweggründe?

**Alice Stäuble:** Ich betrachte das Ganze aus zwei Perspektiven. Heute werden ab der 5. Klasse der Primarschule zwei Sprachen unterrichtet, Französisch und Deutsch. Es zeigt sich, dass mit dem jetzigen Konzept die Grenze der Überforderung teilweise erreicht ist. Die Einführung der dritten Sprache muss diesen Aspekt berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere die Ausbildung der Lehrpersonen, das Setzen von adäquaten Lernzielen, das Festlegen von sinnvollen Studententafeln und -plänen sowie das Anwenden einer sorgfältigen Didaktik. Das vorgeschlagene Modell 3/5 sieht die Einführung der englischen Sprache in der dritten Klasse und das Beibehalten des Französisch ab der 5. Klasse vor. Die Einführung der dritten Sprache ist sinnvoll und bereichernd, wenn obgenanntem, vorwiegend pädagogischem Aspekt genügend Rechnung getragen wird. Im Zusammenhang mit der Initiative ist mir der zweite, der politische Aspekt wichtiger, nämlich die Angleichungen in der schweizerischen Bildungslandschaft. Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat sich nach längerem Hin und Her nun zu einer klaren Haltung für drei Sprachen auf der Primarstufe ausgesprochen. Damit besteht in einem zentralen Bereich der Schule – bei den Sprachen – endlich die Chance zur Harmonisierung. Wie gesagt, über die konkrete Umsetzung des 3/5-Modelles muss dringend nachgedacht werden! Es besteht meines Erachtens noch Spielraum, wie das Konzept umgesetzt werden kann. Die Energie sollte nicht in die Frage 3/5 oder 3/7 gesteckt werden, sondern in den konkreten Inhalt und die Umsetzung eines guten Sprachenkonzepts.

**Erwina Winiger:** Aber von einer Harmonisierung sind wir weit entfernt. Luzern wird gerade nächste Woche im Grossrat über das 3/7 Modell diskutieren, weil

sich auch dort eine grosse Mehrheit für dieses Modell stark macht. Der Kanton Zürich beginnt mit dem Frühenglisch bereits auf der 2. Primarstufe, zudem sind dort ebenfalls mehrere Initiativen diesbezüglich hängig. Der Kanton Thurgau hat Ende August eine Initiative für eine Fremdsprache auf der Primarstufe lanciert. Der Kanton Nidwalden hat vor einigen Tagen seine Wochenstundentafel präsentiert. Dort wird das Französisch ab der 5. Klasse als Wahlfach angeboten. Und im Kanton Appenzell wird auf der Primarstufe ausschliesslich Englisch als Fremdsprache unterrichtet.

**Michael Klausener:** Ja, und Uri bietet ab der 5. Klasse Italienisch als Freifach an.

**Alice Stäuble:** Genau das zeigt doch, dass wir die Harmonisierung vorantreiben müssen. Dieses Ziel hat für mich eine hohe Priorität. Es kann nicht sein, dass ein Kind, dessen Familie von Muri nach Zug gezogen ist, nun in Oberägeri die 5. Klasse wiederholen muss, weil es in der 5. Klasse im Kanton Aargau kein Französisch hatte.

**BULLETIN:** Der Zuger Erziehungsdirektor Matthias Michel hat diesen Punkt in der Kantonsratsdebatte stark betont: die Überwindung des Kantönligeistes und dass hier die EDK einen echten Fortschritt zustande gebracht hat, der nicht selbstverständlich sei.

**Michael Klausener:** Ich bin ganz klar für eine Harmonisierung. Der Kantönligeist im Schulwesen muss überwunden werden. Aber bitte überall, nicht nur bei den Sprachen. Es betrifft auch Lehrmittel, Übergang in die Oberstufe, Lernziele der einzelnen Fächer, usw.

**Alice Stäuble:** Natürlich soll längerfristig die Harmonisierung in allen relevanten Bereichen stattfinden. Aber du darfst diese Sachen nicht gegeneinander auspielen, jetzt haben wir die Möglichkeit einen Schritt zu tun. Die Sprachen sind ein wichtiger Bereich in der Schule und die Harmonisierung muss am konkre-

ten Objekt vorangetrieben werden. Da besteht nun eine reale Chance, weiterzukommen.

**BULLETIN:** Umso wichtiger wäre dann aber eine gute Umsetzung im Sprachunterricht.



**Michael Klausener:** In der Schweiz ist das Thema Sprachen und Schule ein schwieriges Thema. Hier ist die Schule extrem gefordert. Zum einen ist Deutsch zwar keine Fremdsprache, aber eben doch eine Sprache, die gelernt werden muss. Zum anderen ist als eine der zu erlernenden Fremdsprachen eine der Landessprachen – in der Deutschschweiz das Französisch – praktisch gesetzt. Wenn Englisch auch gelernt werden soll, sind das schon drei Sprachen.

**BULLETIN:** Die EDK gibt für die Umsetzung des 3/5-Modelles einen Zeitrahmen bis 2012 vor. Ist damit das Zerfleddern nicht vorprogrammiert? Und zum zweiten scheint es so, dass eine gute Umsetzung des Modelles 3/5 in einigen Kantonen bedroht ist, weil unter dem Sparzwang die zusätzlich notwendigen Ressourcen verweigert werden.

**Alice Stäuble:** Eine gute Umsetzung für diese markante Erweiterung des Schulstoffes kann nicht von heute auf morgen geschehen. Es ist sinnvoll, sorgfältig Schritt für Schritt vorwärts zu gehen. «Gut Ding will Weile haben». Dass nicht alle Kantone soviel Geld in die Bildung investieren können wie der Kanton Zug ist zwar schade, sollen wir es aber deswegen nicht tun? Eine sinnvolle, kreative Umsetzung des Sprachenkonzeptes kann ja in Zusammenarbeit mit andern Kantonen entwickelt werden, weniger finanzkräftige Kantone könnten davon profitieren.



**Erwina Winiger:** Ja, das Modell 3/5 ist in einigen Kantonen bedroht, sei es eben aus Spargründen, wie wahrscheinlich im Kanton Luzern, aber auch, weil es von der Basis her mehrheitlich nicht als überzeugendes Modell angeschaut wird. Sonst wäre der Widerstand nicht so gross.

**Alice Stäuble:** Einen anderen Punkt finde ich bedenkenswert: Beim Modell 3/7 würde gemäss den InitiantInnen das Frühfranzösisch wieder rückgängig gemacht. Die aufwändigen Investitionen in die Ausbildung der 5. und 6. Klasse-

## Roundtable

Lehrpersonen sowie die mehrjährige Erfahrung in diesem Unterrichtsfach wäre damit für die Katz. Vielmehr sollten wir die Erfahrungen nutzen und weiterentwickeln, anstatt diese Energie in Initiativen und Auseinandersetzungen stecken.



**Michael Klausener:** Da gibt es tatsächlich Optimierungsbedarf. Die Oberstufe ist nicht immer glücklich mit dem Ausbildungsstand der Schülerinnen und Schüler. Mein Lehrmittel – das Envol 3 – setzt eigentlich drei Wochenstunden voraus, ich habe aber nur zwei. Ich habe auch ein gewisses Verständnis für die Oberstufenlehrerschaft, die skeptisch ist, ob das Fundament ausreicht, um ihren Sprachunterricht darauf aufzubauen. Andererseits darf ich feststellen, dass die Harmonisierung beim Frühfranzösisch langsam greift. Ich habe nun das zweite Mal eine sechste Klasse, wo ich mit dem Envol 6 unterrichte und es spielt sich langsam ein. Und nun kommt man und packt noch das Englisch drauf. In und mit den Schulen wurde nie eine Diskussion über das Englisch in der dritten Klasse geführt, ob wir das prestieren

können.

**Alice Stäuble:** Aber dann verstehe ich dich wirklich nicht: jetzt wo es läuft, willst du das Frühfranzösisch wieder aufgeben zugunsten des Englisch? Ich betone nochmals: die Lernziele im Englisch müssen sinnvoll gesteckt und das gesamte Sprachenkonzept sorgfältig umgesetzt werden. Das Warten bis zur Abstimmung blockiert aber die Verantwortlichen.

**Erwina Winiger:** Das sehe ich nicht so. An den Sprachkonzepten und an den Lernzielen kann doch trotzdem gearbeitet werden. Im Gegenteil, man hat genügend Zeit, die Einführung des Frühenglisch und die möglichen Konsequenzen in Ruhe zu planen. Wichtig ist zu entscheiden, welche Ziele am Ende der Volksschulzeit erreicht werden sollen.

**Michael Klausener:** Was können wir denn konkret noch ausgestalten? Die wichtigen Dinge sind doch schon gelaufen: die Einführung 2005/06 als Grundsatzentscheid, der Ausbildungsstandard der Lehrpersonen, die Anzahl Stunden, etc. Offen ist lediglich noch die Frage nach den Lernzielen und dem Lehrmittel. Ob hier übrigens eine Harmonisierung in der Schweiz möglich sein wird (Ausbildungsziele am Ende der Primarstufe, Lehrmittelwahl), wage ich zu bezweifeln.

**BULLETIN:** Es wurde ja vorgängig eine Vernehmlassung zu den Modellen 3/5 und 3/7 gemacht. Was waren die Resultate?

**Erwina Winiger:** Die Vernehmlassung empfinde ich im Nachhinein als Farce. Wir warteten die Vernehmlassung ab, im Glauben, diese werde dann von der DBK ernst genommen. Davon konnte aber keine Rede sein. In der Vernehmlassung zur Sprachenfrage waren die Meinungen etwa fifty/fifty. Bei den Stufenverbänden – also den schulnahen Vernehmlassern – sieht das Bild aber ganz anders aus: Dort ist eine deutliche

Mehrheit für 3/7. Dahinter steckt die Überzeugung, dass aus pädagogischer Sicht 3/7 besser sei.



**Alice Stäuble:** Das Hauptargument der 3/7 Befürwortenden ist die Überforderung der Schülerinnen und Schüler. Viele dieser Kinder sind das schon jetzt, auch mit nur einer Fremdsprache. Dieses Problem muss also anders angegangen werden.

**Michael Klausener:** Das ist doch eine Glaubensfrage. Es gibt gar keine empirischen Untersuchungen über diese Frage: zwei oder drei Sprachen in der Primarstufe. Somit lässt sich die Behauptung, drei Sprachen seien machbar oder eben eine Überforderung nur durch die eigene Erfahrung beurteilen.

**BULLETIN:** Es wird gesagt, dass auf Primarstufe das Erlernen der Sprache in einem spielerischen Rahmen erfolgen soll. Andererseits hört man gerüchteleise, dass Englisch und Französisch in absehbarer Zeit zu Promotionsfächern werden sollen. Ist das nicht ein Widerspruch? Und sind damit nicht die einseitige Selektion und die Segmentierung

mit Nachhilfeunterricht vorprogrammiert?

**Alice Stäuble:** Heute ist es leider so, dass nur allzu oft Promotionsfächer auf Kosten von Französisch im Unterricht bevorzugt werden und die an sich schon zu knapp bemessene Zeit fürs Französisch dadurch noch weniger wird. Dies zeigt sich dann am Ende der sechsten Klasse in den riesigen Unterschieden der Sprachkompetenz der einzelnen Klassen.

**Erwina Winiger:** Es geht doch auch darum, eine gleichwertige und ganzheitliche Bildung anzustreben. Genau davon rücken wir mit der Überbetonung der Sprachen auf dieser Stufe aber ab. Da stellt sich eher die Frage, ob nicht alle Fächer zur Promotion zählen sollten.

**BULLETIN:** Erwina, weshalb wird beim von Euch propagierten Modell 3/7 nicht Französisch als erste Fremdsprache verlangt? Immerhin wurde unter grossem Aufwand erst 1997 das Frühfranzösisch eingeführt? Ist das nicht opportunistisch, einfach weil damit die Initiative mehr Chancen hat?

**Erwina Winiger:** Erstens geht es um den Grundsatzentscheid: wie viele Sprachen wollen wir auf der Primarstufe. Wir wollen zwei, nicht drei. Das ist der politische Entscheid. Zweitens favorisieren wir tatsächlich das Englisch. Die grosse Mehrheit bevorzugt Englisch, es ist einfacher, Freude daran zu wecken und die Motivation aufrechtzuerhalten. Denken wir nur an all die Popsongs und die Computerwelt. Es bestehen für die Kinder mehr Einsatzmöglichkeiten, gerade in einem Kanton wie Zug.

**Michael Klausener:** Die ganze Englisch-Ausbildung der Lehrpersonen ist doch schon gelaufen. Das muss genutzt werden, sonst haben sich all diese Lehrpersonen vergeblich ausgebildet. Ich glaube zudem auch, dass die DBK nicht einfach das Englisch fallen lassen kann, schon aus wirtschaftlich-politischen Gründen

(schliesslich war die Ausbildung nicht kostenneutral).

**Alice Stäuble:** Ich denke auch, dass es in der Deutschschweiz eine klare Mehrheitsmeinung zugunsten des Englisch gibt, nicht nur im Kanton Zug.

**BULLETIN:** Was passiert, wenn die Initiativen angenommen werden? Wird Zug dann nicht – man ist versucht zu sagen: in einem weiteren Bereich - zu einer «Insel»? Und was wären die Konsequenzen dieses Inseldaseins?



**Erwina Winiger:** Wie bereits vorhin beim Thema Harmonisierung erwähnt, glaube ich nicht an eine Insel, weil rundherum vieles in dieselbe Richtung läuft. Wir sind also gut eingebettet.

**Alice Stäuble:** Wir würden eine echte Chance verpassen, dem Kantönligeist in der Schweizer Bildungslandschaft ein paar Zähne zu ziehen. Zudem würden wir die vielfältigen Erfahrungen, die wir in den vergangenen fünf Jahren mit dem Frühfranzösisch machen konnten, mit samt der investierten Energie und den

reingesteckten Millionen zum Fenster rauswerfen. Last but not least würden wir die vorhandene Energie nicht nutzen inhaltlich, und formal an einem guten kreativen Sprachenkonzept zu arbeiten, das versucht, allen Kindern gute Förderungsmöglichkeiten zu bieten, auch den mehr und weniger Sprachbegabten. Deshalb unterstütze ich die Initiativen nicht.

**Michael Klausener:** Ich glaube, die DBK müsste in der Fremdsprachenfrage nochmals über die Bücher. Es müssten nochmals grundsätzliche Gedanken diskutiert werden. Zu viele Themen sind noch nicht geklärt, die den Fremdsprachenunterricht enorm beeinflussen würden (z.B. Promotionsfrage). Zur Frage der Insel: Der Kanton Zug ist auch in anderen Themen ein Inselkanton und lebt damit nicht so schlecht. Natürlich wäre eine Harmonisierung anstrebenswert, aber nicht auf eine solch diktierte Art, die auf die Meinung der Basis so wenig Rücksicht nimmt.

**BULLETIN:** Zum Schluss noch eine Frage, wie es die Direktbetroffenen sehen. Was sagen die Schülerinnen und Schüler dazu?

**Erwina Winiger:** Das ist natürlich eine rhetorische Frage...Ich vermute, meine SchülerInnen wären glücklich mit Englisch.

**Alice Stäuble:** Ich unterrichte ausschliesslich Deutsch und Französisch. Letzthin hat mich ein Schüler gefragt: «Wenn wir dieses Jahr die Franzwörter richtig gut lernen, unterrichten Sie uns dann nächstes Jahr Englisch? Bitte!!»

**Michael Klausener:** Das ist bei meinen Kids ähnlich. Einige meiner Kinder, speziell Mädchen, würden wohl so antworten: Es wäre toll, zwei Sprachen zu lernen, sowieso Englisch, aber könnten wir dafür nicht die Mathematik streichen.

**BULLETIN:** Ich danke euch für die engagierte und offene Diskussion. ■

# Franco Cavalli: «Jo, Du hast gewonnen»

**Einer der spannendsten Tage der parlamentarischen Herbstsession war der erste Mittwoch, an dem es um die Armee ging. An der Front dabei war unser Nationalrat.**

**Von Josef Lang, Alternativer Nationalrat Bilder GSOA**

Wie tief die Krise ist, in der die Armee steckt, zeigte die Nationalratssitzung vom 22. September. Dabei ging es zuerst um die Militarisierung der Inneren Einsätze, konkret um die Botschaftsbewachung, die militärische Aufstockung des Grenzwachtkorps und die militärische Flugbegleitung. Danach ging es um das militärische Immobilienprogramm mit deren Kernpunkt, dem Ausbau der Kaserne Stans zu einer Luxuskaserne für Nato-Offiziere. Diese Diskussion endete mit einer Sensation: Das in der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) nur von den beiden VertreterInnen der Grünen Fraktion, von einer der sechs Vertre-

terInnen der SP-Fraktion und von der Mehrheit der SVP-Fraktion bekämpfte Bauprojekt fiel im Nationalrat mit 62 : 97 Stimmen durch.

## Wende in der SP-Fraktion

Die stärkste Opposition innerhalb der SIK gegen das 25-Millionen-Projekt kam von Pia Hollenstein und von mir. Wir hatten zwei Hauptargumente: Erstens ist es falsch, für eine Armee, die, um einen militärkritischen Roman von Friedrich Dürrenmatt zu zitieren, in einem Durcheinandertal steckt, irgendwelche Investitionen zu tätigen. Mit dieser Ablehnung des ganzen Immobilienprogramms, das immerhin 372 Millionen Franken kostet, blieben wir in der SIK allein. Im Nationalrat verloren wir dann mit 113 : 48 Stimmen. In anderen Worten: Die Mehrheit der SP-Fraktion hat sich von uns überzeugen lassen. Zweitens ist es falsch, für Auslandeinsätze einen teuren Bau zu erstellen, wenn die Auslandeinsätze selber stärker in Zweifel gezogen werden denn je. (Siehe das

beiliegende Votum!)

Da die tonangebenden SicherheitspolitikerInnen der SP die Annäherung mit der Nato unterstützen, stimmten sie in der SIK (mit Ausnahme der Neuenburgerin Valérie Garbani) für die Kaserne. Da mir aber klar war, dass nicht nur an der SP-Basis, sondern auch in der SP-Fraktion die Auslandeinsätze viel umstrittener sind, als es in der Öffentlichkeit erscheint, habe ich am Dienstag Vormittag mit vielen SP-GenossInnen gesprochen, von denen ich wusste, dass sie der Nato-Kooperation gegenüber kritisch eingestellt sind. Am Dienstag Abend passierte dann in der SP-Fraktion etwas, was für die Medien und das VBS unerwartet war: Die SP-Fraktion entschied sich grossmehrheitlich gegen die Kaserne Stans. Ich erfuhr es noch am selben Abend, weil wir im „Diagonal“, der Lieblingsbeiz der linken ParlamentarierInnen, nach unserer Fraktionssitzung auf unser Geburtstagskind Luc Recordon angestossen haben. Der temperamentvolle Tessiner Franco Cavalli betrat schwungvoll und bestens gelaunt

## Soldaten als Politik-Ersatz?

*Votum im Nationalrat gegen Kaserne Stans*

Seit der knapp ausgegangenen Abstimmung vom 10. Juni 2001 über die militärischen Auslandeinsätze haben sich entscheidende Sachen geändert: Der so genannte „Krieg gegen den Terror“ hat nicht nur den Terrorismus und den Militarismus weltweit gefördert. Er hat auch dem Völkerrecht einen nachhaltigen Schaden zugefügt und die Menschenrechte aufs Schwerste verletzt. Seit Abu Gharib und Guantanamo wird der militärische Interventionismus nicht mehr mit der Verteidigung der Menschenrechte, sondern mit deren Verletzung assoziiert. Das hat auch Folgen für die Akzeptanz der Auslandeinsätze der Schweizer Armee.

Der Kosovo steckt in einer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sackgasse. Trotz der Präsenz von gegen 20'000 ausländischen Soldaten werden Serbinnen und Serben, die Roma und andere Minderheiten vertrieben. Das Einzige, was im Kosovo floriert, sind die Zwangsprostitution, der Frauen- und Kinderhandel sowie der Waffenschmuggel. Neue militärische Ausland-Einsätze zu beschliessen, ohne aus diesem Desaster eine schonungslose Bilanz zu ziehen, wäre völlig verantwortungslos. Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat letzte Woche seine Bilanz gezogen – unter dem Titel: „Soldaten als Politik-Ersatz“. Damit wiederholt er wortwörtlich, was wir seit gut einem Jahrzehnt zugunsten ziviler Alternativen vorbringen.

Ohne das Versprechen und die Aussicht auf einen starken UNO-Protagonismus hätte die Militärgesetzrevision im Juni 2001 nie eine Mehrheit im Parlament gefunden. Heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die UNO militärisch völlig marginalisiert wurde – durch die USA, durch die Nato, aber auch durch die EU, die sich im besten Fall noch ein UNO-Mandat nachschieben lassen.

Angeichts der dramatischen Veränderungen der letzten zwei Jahre können wir nicht tun, als wäre nichts Wesentliches geschehen. Solange es bezüglich den Auslandeinsätzen derart viele neue und offene Fragen geht, wäre es unvernünftig, für solche irgendwelche Investitionen zu beschliessen. Das gilt für die Armee überhaupt!

das Restaurant und rief in die Gästerunde: „Jo, Du hast gewonnen!“ Da wusste ich, dass am kommenden Vormittag die Kaserne abgelehnt werden wird.

### „Armee ist in einer Krise“

Bei den Inneren Einsätzen, wo die Linke fast geschlossen dagegen war, lag auch eine Sensation in der Luft. In der SVP-Fraktion ist man vor allem gegenüber der Botschaftsbewachung und der soldatischen Flugbegleitung sehr skeptisch. Der Schwyzer SVP-Offizier Pirmin Schwander hatte zusätzlich zu meinem Antrag im Namen einer Minderheit von zwei Grünen und drei (der sechs) SP-Delegierten in der SIK einen persönlichen Antrag gestellt, welche die Botschaftsbe-

wachung in Frage stellte. Leider kam er frühmorgens zu spät in den Saal und konnte seinen Antrag nicht mehr vertreten. Er hätte seine Fraktion leichter umstimmen können als ich. Schliesslich wurde die Botschaftsbewachung mit 97 zu 56 Stimmen (darunter 3 aus der SVP) angenommen.

Im Rahmen einer persönlichen Erklärung konnte Schwander dann doch

noch etwas sagen. VBS-Chef Samuel Schmid hatte meine Aussage, die Armee befinde sich in einer tiefen Krise, zurückgewiesen. Diese sei von den Medien herbei geredet. Schwander widersprach seinem bundesrätlichen Fraktionskollegen: «Ich habe soeben drei Wochen an der Front verbracht. Und ich kann nur sagen: Die Armee ist in einer Krise.»■

### Wider die Militarisierung der inneren Sicherheit

*Votum Nationalrat*

Die Botschaftsbewachung ist eine klassische Polizeiaufgabe. Soldaten, insbesondere 20jährige Durchdiener, sind überfordert, wenn es darum geht, eine Lage richtig einzuschätzen. Ist die Autopanne vor der Botschaftseinfahrt nicht bloss eine Falle? Hat das Liebespärdchen auf der anderen Strassenseite vielleicht nicht Böses im Sinn? Steckt im Kinderwagen des sonnenbebrillten Mannes ein Baby oder eine Bombe?

Soldaten sind erst recht überfordert, wenn es sich tatsächlich um eine Falle, um ein Terroristenpärdchen oder um eine Bombe handelt. Vergleichen Sie doch mal die Schusswaffen-Praxis eines Soldaten mit der eines Polizisten! Und bedenken Sie, dass in einem Ernstfall das Nichtschiessen vielleicht die grössere Kunst ist als das Schiessen. Die wahrscheinlichste Gefahr besteht ohnehin darin, dass eine Fehleinschätzung den Ernstfall erst schafft.

Gegen die Verstärkung des Grenzwachtkorps durch militärisches Personal lasse ich den Kommandanten des Grenzwachtkorps Basel Willy Künzle sprechen: „Die Abtretung von VBS-Stellen an das Grenzwachtkorps wäre nicht nur die günstigere, sondern auch die bessere Lösung. So könnten wir die Leute auch selber ausbilden. Durch zusätzliche Aufwendungen, etwa für auswärtige

Unterkunft und Verpflegung, sind diese VBS-Mitarbeiter unter dem Strich teurer als ein ausgebildeter Grenzwächter.“

In was für einem Flugzeug fühlen Sie sich sicherer: in dem mit einem Polizisten oder in dem mit einem Militär als bewaffneten Flugbegleiter? (Vielleicht in dem, wo es keinen von beiden hat.)

Die Kommissionsminderheit ist weiter gegen Eintreten, weil wir die Militarisierung der inneren Sicherheit grundsätzlich ablehnen. Erstens ist die Trennung von Polizei und Armee eine der ersten Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates. Zweitens hat die Schweiz, insbesondere die Arbeiterbewegung, mit Armeeeinsätzen im Inneren höchst tragische Erfahrungen gemacht. Drittens kommt der Einsatz von Soldaten bei einer korrekten Verrechnung aller öffentlichen sowie der volkswirtschaftlichen Kosten, Stichwort: Wertschöpfungsverlust, viel teurer zu stehen als der Einsatz von Polizisten. Viertens sind wir dagegen, dass die Armee eine polizeiliche Lücke benützt, um eine eigene Legitimitätslücke zu stopfen. Fünftens: Lässt sich die Wehrpflicht, die einen starken Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet, legitimieren für die Erfüllung von Aufgaben, die eine sicherheitspolitische Lückenbüsserfunktion haben?

Zu guter Letzt geht es darum, gegen die massive Ausweitung der inneren Einsätze, welche den Rahmen der Verfassung und des Militärgesetzes sprengen, ein Zeichen zu setzen.



Jo Lang im Kampf gegen die Militarisierung der inneren Sicherheit

# Das Frauenmobil

**Was wenn eine Frau eine Idee hat und diese sich verselbständigt? Die Frauenwache in Bern ist so eine Idee. Nach der Wut über den Ausgang der letzten Bundesratswahlen am 10. Dezember 2003 entstand die Idee der Frauenwache. Seit dem 8. März steht ein Wohnwagen rund um die Uhr von Frauen besetzt vor dem Bundeshaus. Ein Redaktionsmitglied des BULLETINS war während 24 Stunden dabei.**

**Natalie Chiodi, BULLETIN-Redaktorin  
Bild Natalie Chiodi**

«Jede Nacht wachen Tausende von Frauen in unserem Land: privat wachen sie über ihre Kinder, über ihre Nächsten – das ist eine ihrer zahlreichen ehrenamtlichen und wenig anerkannten Aufgaben; sie wachen auch beruflich über kranke oder alte Menschen. [...] Seit dem 8. März wachen noch einige Frauen mehr: Sie wachen symbolisch vor dem Bundeshaus und zwar bis zu den nächsten Bundesratswahlen im Dezember 2004. Mit dieser Idee ist eine Bewegung entstanden, die rund um die Uhr einen kleinen blauen Wohnwagen besetzt hält.» Mit diesen Worten leiten die Initiantinnen ihre Homepage ([frauenwache.ch](http://frauenwache.ch)) ein. Mittlerweile steht der Wohnwagen zwar nicht mehr direkt vor dem Bundeshaus, doch die Idee ist immer noch dieselbe: Frauen wachen rund um die Uhr über die Sache der Frau, sowie über die Bundesräte und deren vollmundiges Versprechen im vergangenen Dezember.

## Von einer verschrobenen Idee...

Der Verein «Frauenwache» stellt eine Plattform des Ausdrucks, der Sichtbarkeit und des Erschaffens für Frauen und Frauenverbände dar. Der Standplatz der «Frauenwache» soll den Protest sichtbar

machen und eine Veröffentlichung der Aktion in den Medien erlauben. Er soll auch zu einem Ort des Austausches und des Dialogs zwischen den Frauen (und ihren Organisationen), den Politikern und der Bevölkerung werden. So sehen es die Initiantinnen vor. Beim Lesen des Tagebuches kann frau eine Ahnung dieser Plattform erhalten. Die Wachfrauen schreiben von ihren Erlebnissen, Gesprächen mit BesucherInnen, hinterlassen ihre Botschaften oder Kunstwerke. Sehr vielfältig und umfangreich sind die Ideen, die Frauen in 24 Stunden gemeinsam entwickeln. Auch Männer sind willkommen, die Wache hingegen bleibt Frauen vorbehalten.

## ...zum Objekt der Bewachung

Etwas vergessen geht darob die Bewachung des Bundeshauses bzw. dessen Mitglieder. Dabei wäre es ausserordentlich spannend zu erfahren, ob sich Herr Bundesrat Merz, der sich bekanntlich nach seiner Wahl auch als Ansprechpartner für die Frauen angeboten hat, als solcher bewährt hat. Immerhin ein Versprechen habe er wahr gemacht und eine verantwortungsvolle Position im



Das Objekt der Bewachung.

Bundeshaus mit einer Frau «bekleidet». Obwohl frau nun eigentlich ob dieser Einsetzung einer neuen Leiterin des Bereiches Kommunikation zufrieden sein sollte, gibt es doch noch viel zu bewachen und zu kritisieren. Denn was sollen wir Frauen von einem Bundesratsmitglied halten, der nicht für die Einführung einer Mutterschaftsversicherung ist, der nicht glaubt, dass es für die Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau weitere politische Massnahmen braucht, der gegen eine Anstossfinanzierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund ist und gegen einen gesetzlichen Mindestlohn von 3000 Franken monatlich ([kandidaten.ch](http://kandidaten.ch))? Dabei habe ich mich bloss auf ein Bundesratsmitglied konzentriert und (fast) völlig ausgeblendet, dass es noch andere gibt, deren Namen ich nicht mehr hören und lesen mag. Die Frauen harren derweil im kleinen Wohnwagen bis zum 10. Dezember aus. Dann wollen die Initiantinnen noch einmal alle gewesenen und Möchtegern-Wachfrauen, sowie alle anderen Interessierten, nach Bern bringen. Gegen den gleichstellungsmässigen Rückschritt im Bundeshaus. ■



Hier wird symbolisch gewacht.

# Ethik und der Wunsch nach Freiheit von Krankheiten

**Das EFG kommt am 28.11.2004 zur Abstimmung. Alle sind sich einig: Ein Gesetz, welches die Forschung an Embryonen regelt, wird dringend benötigt, denn in der heutigen Gesetzgebung besteht eine Lücke. Über das Was und Wie wird jedoch heftig gestritten.**

**Manuela Weichelt, Alt-Kantonsrätin Frische Brise Steinhausen, Master of Public Health  
Bild Adelina Odermatt**

Erschwert wird die Entscheidung, welche die Stimmberechtigten fällen dürfen, nicht nur durch die wissenschaftliche Materie, sondern auch wegen ethischen, moralischen, religiösen und emotionalen Überlegungen. Im Folgenden werde ich versuchen, den Sachverhalt zu vereinfachen.

## Begriffserklärungen

- **Embryo:** die Frucht von der Kernverschmelzung bis zum Abschluss der Organentwicklung;
- **Embryonale Stammzelle (ES):** «Basiszelle», die aus einem Embryo in vitro, also aus dem Reagenzglas stammt und sich in die verschiedenen Zelltypen (z.B. Leber-, Nerven-, Muskel-, Fettzellen) zu differenzieren, aber nicht zu einem Menschen zu entwickeln vermag. Werden aus ca. 5 Tage alten Embryonen gewonnen und bestehen aus etwa 100 bis 250 Zellen.
- **Überzählige Embryonen:** wurden ausserhalb des Körpers, erzeugt mit dem Ziel, eine Schwangerschaft herbeizuführen, aber nicht dafür verwendet (Krankheit oder Tod der Frau, Frau hat sich anders entschieden etc.)

## Das EFG

Das zur Abstimmung gelangende Em-

bryonenforschungsgesetz umfasst 29 Artikel. Gegenstand, Zweck und Geltungsbe- reich werden in Artikel 1 beschrieben:

- 1 «Dieses Gesetz legt fest, unter welchen Voraussetzungen menschliche embryonale Stammzellen aus überzähligen Embryonen gewonnen und zu Forschungszwecken verwendet werden dürfen.
- 2 Es soll den missbräuchlichen Umgang mit überzähligen Embryonen und mit embryonalen Stammzellen verhindern sowie die Menschenwürde schützen.
- 3 Es gilt nicht für die Verwendung embryonaler Stammzellen zu Transplantationszwecken im Rahmen klinischer Versuche.»

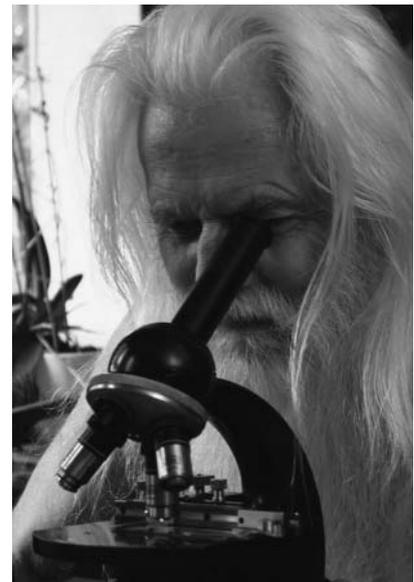
## Einwände

Mit 35 zu 1 verabschiedete der Ständerat und mit 103 zu 57 der Nationalrat das Gesetz in der Schlussabstimmung vom 19.12.2003. Dagegen stimmten die Grünen, die evangelische Fraktion, sowie Dreiviertel der SP Abgeordneten. Die SVP und die FDP votierten Ja, die CVP mit 75% ihrer Stimmen.

## Offene Fragen

Die folgenden Fragen sind jedoch offen geblieben und werden nun von den Stimmberechtigten zu beantworten sein:

- Ist eine Ablehnung des Gesetzes ein Widerspruch zur Forschungsfreiheit (Artikel 20 der Verfassung)?
- Im Artikel 119 Absatz 2 Buchstabe a garantiert die Bundesverfassung den Schutz der Menschenwürde und den Schutz vor Missbrauch des Menschen durch die Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung. Ist die Verfassungsmässigkeit des Gesetzes gegeben?
- Es gibt Alternativen zu den ES, z.B. adulte Stammzellen oder Stammzellen aus dem Nabelschnurblut Neugeborener. Wozu dann ES?
- Wird der Embryo zur industriellen Resource und von der Pharmaindustrie ver-



## Spielen wir Gott?

marktet?

- Sind die Gefahren dieser Forschung grösser als die möglichen Heilungseffekte, die durch diese Forschung erzielt werden könnten?
- Wenn ein Embryo ein werdendes menschliches Leben ist, darf es dann in der Forschung überhaupt verbraucht, also zerstört werden, auch wenn damit hochwertige Forschungsziele verfolgt werden? Ist das ethisch vertretbar?
- Der Basler Appell gegen Gentechnologie hinterfragt mögliche Unstimmigkeiten im Gesetzesentwurf, z.B. wenn es heisst, dass «embryonale Stammzellen oder daraus gewonnene Zelllinien nicht gegen Entgelt veräussert werden dürfen». Neue Therapien können jedoch nur durch Kommerzialisierung zugänglich gemacht werden. Besteht ein logischer Fehler im EFG? ■

Ausführliche Informationen zum Thema enthalten die folgenden Webseiten:  
[www.parlament.ch/text/do-embryonenforschung-old.htm#aktuell](http://www.parlament.ch/text/do-embryonenforschung-old.htm#aktuell)  
[www.baslerappell.ch/aktuell.htm](http://www.baslerappell.ch/aktuell.htm)

# Schpare, schpare...

**Viele Unternehmen sind durch Sparen entstanden, aber keines durch Sparen gewachsen. Wachstum entsteht durch die erfolgreiche Umsetzung innovativer Ideen. Die Sparhysterie ist fehl am Platz.**

**Michel Mortier, BULLETIN Redaktor  
Bilder Adelina Odermatt**

In der Türkei, wenn die Abende lang werden, erzählt man sich die Geschichten vom alten Nassreddin Hodja (Nassreddin der Lehrer). Eine dieser Geschichten berichtet von ihm und seinem Esel: Eines Tages entschied Nassreddin Hodja, der immer knapp bei Kasse war, dass sein Esel zuviel frass. Also fing er an, ihm das Essen abzugewöhnen, indem er ihm jeden Tag etwas weniger Stroh gab. Als er jedoch eines Morgens in den Stall kam, lag der Esel tot auf dem Boden. «Ach, wie schadel!» rief Nassreddin enttäuscht. «Gerade als ich ihn so weit hatte, nichts mehr zu essen!»

**Es wird zuviel, nicht zu wenig gespart**

In Deutschland – aber nicht nur dort gibt es Politiker und sogenannte «Wirtschaftsführer», die alle Probleme mit Sparen lösen wollen. Das sei notwendig, behaupten sie, weil es zu viele Faule und Simulanten und zu wenige mit Eigeninitiative gäbe. Ausserdem würde die zu langsam wachsende Konjunktur und die Globalisierung zum Sparen zwingen. Man müsse eben den Gürtel enger schnallen: auch wenn denjenigen, denen der Gürtel bereits zu eng sitzt, die Luft ausgeht.

Im Artikel über Stress (1/2004) und über die Depression (2/2004) nannte ich einige Zahlen, die als Folge dieses Denkens den Gesundheitszustand unserer Gesellschaft beschreiben. Seit dem sind weitere Daten bekannt geworden:

- Fast 5% der Bevölkerung sind psychisch angegriffen und benötigen eine entsprechende Behandlung.
- Jede dritte Person in der Schweiz ist übergewichtig.
- In der Arbeitszufriedenheit liegt die Schweiz am 33. Platz, hinter den meisten europäischen Ländern.
- In Zürich bringt sich fast täglich ein Mensch um.
- Gegenwärtig beträgt die Suizidrate in der Schweiz 20 pro hunderttausend Einwohner. Das sind 25% mehr als im Welt-durchschnitt.

All diese Statistiken sind Symptome einer einzigen Malaise: Wir sparen zuviel, nicht zuwenig. Wir sparen nämlich an allem, was Menschen wichtig ist: an Anerkennung für die geleistete Arbeit, an Sicherheit am Arbeitsplatz, an guter Pflege im Falle einer Erkrankung, an der Rente. Wir sparen an der Hilfe für die Ärmsten dieser Welt und an umwelt-schonenden Massnahmen. Menschen bringen sich um, weil irgend jemand irgendwo und irgendwann zuviel gespart hat. Die Unglücklichen meinen, es bliebe ihnen nichts anderes übrig, als sich – letzte Sparübung von ihrem Dasein zu verabschieden, damit sie uns ihre Anwesenheit ersparen. Wenn wir wenigstens am Krieg sparen würden!

**Innovativ denken**

Da aber viele Kosten tatsächlich schneller wachsen als das Einkommen, stellt sich doch die Frage, ob es denn eine Alternative zum Sparen gibt. Die klare Antwort lautet: Ja!

Das Problem liegt nämlich nicht am mangelnden Sparen, sondern am Mangel an Kreativität. Ich spreche hier nicht von den relativ Wenigen, die das Image einer innovativen Schweizerwirtschaft – noch – hochhalten, sondern vom langsamen Aushöhlen des kollektiven Potentials durch die Übertreibungen individu-

eller Egos.

Zum Beispiel, wenn ein selbstsüchtiger Manager die Unternehmensergebnisse «verbessern» will, in allen Geschäftsbereichen radikal spart und möglichst viele Beschäftigte entlässt. Diese drakonischen Massnahmen können das Unternehmen und damit ihn – kurzfristig zu einem erheblichen Gewinn verhelfen, langfristig führen sie aber unweigerlich zu einem Vertrauensverlust, einer allgemeinen Verunsicherung und einer Überarbeitung der verbleibenden MitarbeiterInnen. Wird es nicht von einem anderen Unternehmen geschluckt, dann dauert es lange, bis sich ein solches Unternehmen wieder – unter einer anderen Führung – erholen kann. Ein positives Beispiel entsteht, wenn ein gut geführtes Unternehmen die Intelligenz seiner Beschäftigten nutzt, um Kosten



**Kann man Probleme mit Sparen lösen?**

## Kreativ denken – alternativ handeln.

zu senken und um die Gründe für einen Umsatzrückgang zu ermitteln. Es setzt die innovativen Kräfte der Menschen als «Mitunternehmer» ein, um eine Lösung zu finden. Ein solches Unternehmen weiss, dass nichts und niemand es aufhalten kann, denn es setzt die kreativen Fähigkeiten aller Mitschaffenden frei.

### Kreativ ist jeder von uns

Zur Zeit führt uns Deutschland vor, wie man es nicht machen sollte. Um an der Macht zu bleiben oder sie zu erlangen, ignorieren die grösseren Parteien den simplen Grundsatz, dass alle Kräfte der Gesellschaft notwendig sind, um die Probleme des Landes zu lösen.

Die Kreativität holte uns aus den Bäumen und ermöglichte die Zivilisation. Sie ist das erste Prinzip der Evolution und somit genetisch jedem von uns in die Wiege gelegt. Woher stammen dann die Probleme?

Um es mit den Worten Jean-Jacques Rousseaus auszudrücken: «Der Mensch wird kreativ geboren, aber überall wird er blockiert.» Diese Blockierung hat vor allem zwei Ursachen:

- Der Glaube, dass die Kreativität eine Gottesgabe sei, die nur wenigen gegeben ist. Das ist schlicht und einfach ein Märchen. Auch ein «normal» begabter Mensch kann Ausserordentliches leisten, wenn er oder sie sich innerhalb einer entsprechenden Umgebung entfalten kann. Ebenso braucht aber auch ein begabter Mensch ein positives, unterstützendes Umfeld, damit er oder sie die Anerkennung für seine kreative Leistung erhält.

- Die andere Blockierung entsteht, wenn man bereits als Kind daran gehindert wird, seine Kreativität auszudrücken. Zum Beispiel, wenn solche Versuche ignoriert, bagatellisiert oder sogar lächerlich gemacht werden. Das Kind verliert das Vertrauen in sich selbst und kann seine Einzigartigkeit nicht erfahren.



Frustration und Stress sind vorprogrammiert und die Gesellschaft verliert nicht nur eine kreative Ressource, sondern muss auch noch die Spätfolgen in Form von Krankheit oder Frühinvalidität bezahlen. Das ist der wirkliche Grund für die steigenden Gesundheitskosten.

### Gemeinsam sind wir innovativ

Es gibt eine Möglichkeit, diese Blockierungen zu überwinden. Sie besteht in der Schaffung kreativer Teams - Gruppen, die sich in einer spezifischen Weise zusammensetzen, um ihre Kreativität für ein gemeinsames Ziel zu bündeln.

Idealerweise besteht das kreative Team aus 5-7 Leuten, die nach einem fünfstufigen Plan vorgehen:

1. Vorbereitung der Sitzungen
2. Entwicklung von Ideen und Lösungen
3. Sortieren, Hinterfragen und Optimieren der Lösungen
4. Aufteilung, Terminieren und Ausführung der Lösungen
5. Kontrolle des Erfolgs, unter Umständen Wiederholung des Vorgangs

### Kreative Teams bringen Vorteile

Die Mitarbeit in einem kreativen Team bietet sowohl Einzelpersonen wie Organisationen eine hervorragende Möglich-

keit, vernachlässigte Fähigkeiten zu entdecken und sie frei zu setzen. Sie hat aber noch weitere Vorteile:

- Je kreativer man mit und durch andere wird, umso grösser wird das Selbstvertrauen.
- Je grösser das Selbstvertrauen, umso höher die Effektivität und der Erfolg.
- Beziehungen verbessern sich, Stress und Krankheitsrisiko nehmen ab.
- Die Arbeitszufriedenheit und die Motivation steigen.
- Besonders jüngere Vorgesetzte können sich Führungserfahrung auf positive und nutzbringende Weise aneignen.
- Die organisatorische Flexibilität wird erhöht, da solche Teams weniger Hierarchien benötigen.

### Fazit

Viele Menschen leben unter ihrem Wert, weil sie die Möglichkeiten, die in motivierenden Gruppen liegen, nicht kennen. Die resultierende Frustration, Unsicherheit, Angst und anhaltender Stress sind nicht nur «Kreativitätskiller», sondern sie verursachen vermeidbare Krankheiten und eine zunehmende Kostenspirale. Es ist also höchste Zeit, kreativ zu denken - und alternativ zu handeln. ■

## Kino



### FLIZ, FilmliebhaberInnen Zug

#### Kino Gotthard, Zug

**Mo, 11.10. 20.00:** «Halleluja! Der Herr ist verrückt». Von Alfred Knuchel (ist am Abend anwesend)

Dieser Film porträtiert sechs Menschen, die wir bei ihrer kreativen Arbeit und im Leben kennen lernen. Sie alle teilen zwei Gemeinsamkeiten: eine lange Krankengeschichte und einen starken künstlerischen Gestaltungswillen. Der Ort: die berühmte psychiatrische Klinik Waldau, vormals bernische kantonale Irrenanstalt Waldau.

**Mo, 01.11. 20.15:** «Soy Cuba». Von Mikhail Kalatouzov. Wird im Rahmen der WeltSichtBaar gezeigt. Anwesend als Referent: der Kuba-Kenner und Filmjournalist Geri Krebs.

Am eigentlichen Flizabend, dem **8. November**, läuft der Film «Ex Voto» und am **15. November**, am Tag des Morgartenschiessens, «Morgarten findet statt». Gedacht als kleine Hommage zu Erich Langjahrs 60. Geburtstag.

Am **13. Dezember** kommt «Bellaria! So lang wir leben» von Douglas Wolfsperger. Auch ihn treffen wir persönlich an diesem Abend. Der Film handelt von einem alten Reprisenkino in Wien und seinem Stammpublikum.

Nähere Angaben unter [www.fliz.ch](http://www.fliz.ch). ■

### WeltSichtBaar 2004

#### Kino Lux, Baar

**Do, 21.10. 19.30:** Lateinamerika-Apéro; **20.15:** Salvador Allende (Patricio Guzman, Chile); **ab 21.00:** Latin Lounge in der Spinnihalle

**Fr, 22.10. 20.15:** Narradores de Javé (Eliane Caffé, Brasilien)

**Sa, 23.10. 14.30:** Un dia de suerte (Sandra Gugliotta, Argentinien); **17.00:** Poupées d'argile (Nouri Bouzid, Tunesien); **20.15:** Lugares comunes (Adolfo Aristarain, Argentinien); **22.30:** Nicotina (Hugo Rodriguez, Mexiko)

**So, 24.10. 14.30:** Dias de Santiago (Josué Méndez, Peru); **17.00:** Moi et mon blanc (S. Pierre Yameogo, Burkina Faso); **20.15:** The Twilight Samurai (Yoji Yamada, Japan)

**Mo, 25.10. 20.15:** Memoria del saqueo (Fernando Solanas, Argentinien)

**Di, 26.10. 20.15:** Todas las azafatas van al cielo (Daniel Burman, Argentinien)

**Mi, 27.10. 20.15:** El abrazo partido (Daniel Burman, Argentinien, CH-Premiere, Gespräch mit dem Regisseur)

#### Kino Gotthard, Zug

**Do, 28.10. 18.00:** Lugares comunes (Adolfo Aristarain, Argentinien); **ab 21.00:** Promi-Treff WeltSichtBa(a)r in der Spinnihalle

**Fr, 29.10. 18.00:** Memoria del saqueo (Fernando Solanas, Argentinien); **ab 21.00:** Noche Latina in der Spinnihalle

**Sa, 30.10. 17.00:** The Twilight Samurai (Yoji Yamada, Japan)

**So, 31.10. 17.00:** Extraño (Santiago Loza, Argentinien)

**Mo, 01.11. 20.15:** Soy Cuba (Mikhail Kalatouzov, Kuba)

**Di, 02.11. 18.00:** Narradores de Javé (Eliane Caffé, Brasilien)

**Mi, 03.11. 18.00:** Moi et mon blanc (S. Pierre Yameogo, Burkina Faso)



«Moi et mon blanc».

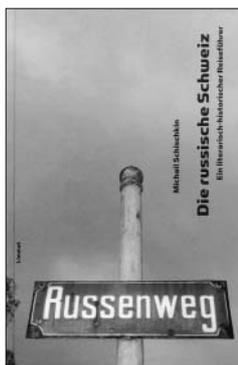
## Buch



### Aus-Lese

#### Georgette Schmid, Mediathekarin kbz

In den Sommerferien dominierten vielfältige Reise-Eindrücke, und es blieb wenig Zeit zum Lesen. Ein Kurzaufenthalt im (schon wieder) von behördlicher Willkür beherrschten Russland liess mich nach der «Russischen Schweiz» von



**Michail Schischkin** greifen. Der Autor lebt seit 1995 als Schriftsteller und Übersetzer in Zürich. Mit akribischer Liebe zum Detail zeichnet er Spuren nach, die russische Kulturschaffende, Emigranten, Touristen, Studierende und Militärs in unserem Land gezogen haben. Ausgehend von Genf, der «russischen Hauptstadt der Schweiz», wählt er weitere Schauplätze für eine chronologische Schilderung menschlicher Schicksale. Allgegenwärtig ist das Thema russischer Söhne und Töchter aus gutem Hause, die im 19. Jahrhundert an Schweizer Universitäten studierten und sich in grosser Zahl revolutionären

Clubs anschlossen. Die liberale Schweiz, diese «langweilige Lakaienrepublik» (Lenin) bildete eine ideale Basis für die Vorbereitung terroristischer Aktionen, bedeutungsmässig durchaus vergleichbar mit der Rolle Afghanistans für al-Qaida am Ende des 20. Jahrhunderts. Die nach Russland heimkehrenden RevolutionärInnen bezahlten dort vielfach mit ihrem Leben oder verschwanden in Gefängnissen und Arbeitslagern, wogegen andere wie Trotzki, Bucharin, Krylenko & Co. später zu hohen Ämtern in der Sowjetunion aufstiegen.

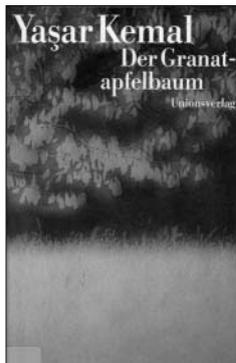
Der kurdische Schriftsteller **Yusuf Yesilöz**, dem ich vor



zwei Jahren an einer Lesung begegnet bin, bietet uns im «Gast aus dem Ofenrohr» eine aktuelle Sichtweise der Schweiz. Mit viel Humor schildert er persönliche Erlebnisse auf der Asylantenbefragungsstelle. Die Frage nach seiner Herkunft beantwortet er ausführlich mit ausschmückenden Passagen, obwohl ein einziges Wort genügt hätte. Wir erfahren viel über die kurdi-

sche Kultur und Lebenshaltung und können abschätzen, wie es Menschen zu Mute ist, die in ihrer Heimat verfolgt werden und flüchten müssen. **Yusuf Yesilöz'** Vergehen bestand darin, Bücher zu lesen und zu verbreiten, die nicht auf der Liste des türkischen Erziehungsministeriums standen. Auch Werke von **Yasar Kemal** waren darunter, was mich zum nächsten Titel führt:

**Der Granatapfelbaum**, eine



Erzählung mit hohem Symbolgehalt. Eine Gruppe Männer aus den Bergen Anatoliens ziehen in die Tiefebene, um dort als Tagelöhner Arbeit zu finden. Inzwischen beherrschen aber dank amerikanischer Aufbauhilfe (Marshallplan) Traktoren und Mähdrescher das Feld. Monatelang irren die Arbeitssuchenden unter unsäglichen Strapazen durch die Sommerhitze, bis sie schliesslich auf der Suche nach einem heilsbringenden Granatapfelbaum Menschlichkeit und Gastfreundschaft erfahren, die andernorts im Banne der Massey-Ferguson-Invasion verloren gegangen sind.

Zu guter Letzt, da die Schule wieder begonnen hat, wende ich mich den «Hausauf-



**gaben»** von **Jakob Arjouni** zu. Der Deutschlehrer Joachim Linde hat in seiner Familie Schwierigkeiten. Seine Frau wird mit psychischen Problemen in eine Klinik eingewiesen, die Tochter hat sich in eine WG im Ausland abgesetzt, der Sohn engagiert sich bei Amnesty International und geht auf Konfrontationskurs zum Vater. Auch im Beruf gerät er nach Diskussionen mit seiner Klasse über den Nationalsozialismus in die Zwickmühle von Eltern und KollegInnen. Der Schluss bleibt offen.

**Arjouni** hat wiederholt mit Romanen Erfolg gehabt, z. B. mit Magic Hoffmann oder Happy birthday, Türke. ■

#### Literaturangaben

- Michail Schischkin: Die russische Schweiz, ein literarisch-historischer Reiseführer, Limmat
- Yusuf Yesilöz: Der Gast aus dem Ofenrohr, Rotpunkt
- Yasar Kemal: Der Granatapfelbaum, Unionsverlag
- Jakob Arjouni: Hausaufgaben, Diogenes



Ein alter Schulkollege von Verleger **Dani Brunner** präsidiert den VR der Zuger Media AG, welche die Zuger Presse herausgibt: **Adrian Bauder**. Bauder weiss ganz genau, wie die Zuger Presse innert 4 bis 5 Jahren in die schwarzen Zahlen kommt: mit konsequenter Ausrichtung auf diejenigen, welche von der Neuen Zuger Zeitung noch übrig gelassen werden. Die politisch eher Unbedarften und Uninteressierten also, denen das lokal Banale am nächsten steht. Das Resultat war in den letzten Monaten entsprechend. Originalton Bau-der an der **Zuger Media CV**: «Der Wurm an der Angel muss nicht dem Fischer gefallen, sondern dem Fisch.»

«Zuger sind nicht blöd» - Nachdem sich die **Zuger Presse** – branchenintern Triple-B genannt («Bauders Billig Blick») - auch schon mal als Media Markt-Prospekt verkleidet hat, macht sie nun mit dem intelligenten MM-Spruch auch gleich noch Werbung für sich selber. Die **Zuger sind nicht blöd** - die Auflage der «neuen» ZP will und will nicht recht steigen...

Aber die Mehrheit in der (ländlichen) Deutschschweiz ist blöd. Die will nichts wissen von erleichterten Einbürgerungen. Statt die Probleme anzugehen, die es zwischen (Kuh-)Schweizertum und anderen Kulturen gibt, stecken in dieser Frage viele den Kopf in den **SVP-Sumpf**. Wenn

der dort noch lange stecken bleibt, geht der Schweiz am Schluss die Luft aus.

Das spürt auch die **NZZ**, welche frustriert kommentiert: «Umso mehr wäre eine besser sichtbare Kampagne notwendig gewesen.» Damit meint sie wahrscheinlich die **FDP**, welche gesamtschweizerisch gerade mal 5'000 Franken aufgeworfen hat. Ob die Zuger FDP wenigstens die 2000 Flugis, die sie vom nationalen Sekretariat bekommen hat, auch verteilte, wissen wir nicht...

«Wegen automatischer Einbürgerung: Prägen bald Muslime unsere Frauenpolitik?» So tönte es in einem Plakat aus dem SVP-Umfeld. Uns reicht der **Albtraum** von einer SVP-geprägten Frauenpolitik.

Einer in der Redaktion sah das Unheil kommen: «Diese Raser-Geschichten brechen den beiden Vorlagen noch das Genick.» Hier wäre Abhilfe einfach: **alle Autos** auf 140 km/h Höchstgeschwindigkeit und nur sanfte Beschleunigung elektronisch **plombieren**. Mit diversen schönen Nebenwirkungen: weniger Benzinverbrauch, weniger Freizeitverkehr, weniger Strassenlärm vor allem in der Nacht etc. etc. Dann hätte die verweigerte erleichterte Einbürgerung doch noch etwas Gutes: Es könnten weniger Raser über eine solche Plombier-Vorlage abstimmen.

Ausgebremst hat **Moritz Leuenberger** wieder einmal eine linke Initiative. Hätte er nur ein klein bisschen geblochert, wäre die Post-Initiative angenommen worden. Meinte ein Zuger Detaillist, der für die Postinitiative stimmte: «Früher kam am Tag einmal **die Post** und evtl. einer von der Bahn. Heute stehen täglich bis zu sechs verschiedene Päcklimenschen vor der Hütte.» In Zukunft werden es wohl noch mehr sein. Dankesbriefe dafür nimmt Moritz gerne entgegen.

Mit 72% Ja-Stimmen souverän ausgebremst hat der Städtzuger Souverän die Kreise um **FDP** und **SVP**, welche den Traum von einer verkehrsfreien Innenstadt jahrelang blockiert haben. Selbst mit faulen Tricks innerhalb der Partei (ein falsches Vorstands-Pressecommuniqué mit der Nein-Parole) und grossen Mobilisierungsanstrengungen gelang es Bald-GGR-Präsident **Ueli Straub** nicht, die FDP-Basis von einem Ja zur städtischen Vorlage abzuhalten.

Den nassen Finger noch rechtzeitig in die Luft gehalten hatte offensichtlich FDP-Fraktionschefin **Cornelia Stocker**: Sie erschien erst gar nicht an der Parteiversammlung, genauso wie ihr Gemeinderatskollege Adrian Müller. Der hatte die berühmte GGR-Rede von Stocker zum Thema Minitunnel «ghostwrited», worin den Initianten von «Mini-

tunnel Jetzt» kollektiv ein **Mini-Hirn** zugeschrieben wurde.

Die spontane Reaktion eines notabene freisinnigen Komiteemitgliedes kam dann prompt per E-Mail: «Mit kleinem Hirn bieten wir der FDP die Stirn».

Nicht viel Hirn braucht es jetzt für die Linke, sich aus ihrer Sicht die FDP-Traumliste für die nächsten Stadtratswahlen vorzustellen: **Ulrich Straub, Cornelia Stocker und Hans Christen**. So behält die Linke sicher ihren zweiten Sitz und Hans Christen wird sich auch als einziger Freisinniger wohl fühlen im Stadtrat.

Mehr Hirn in der Schule fordert die **SVP** im Zuger Gemeinderat und will eine Schulklasse nur für Hochbegabte. Endlich mal ein 100% uneigennütziger Vorstoss!

Deshalb holt die **SVP** auch den Stadtratssitz, welchen die **FDP** verliert. Was mindestens in einer Hinsicht nicht so schlimm ist, denn mit ihrer Stimmfreigabe beim Minitunnel hat sie sich aus der Verkehrspolitik abgemeldet.

Der einzige, der dieses Szenario noch verhindern kann: SVP-Gemeinderat und 1. August-Nichtredner **Ernst Merz**. Er braucht bloss für den Stadtrat zu kandidieren. ■

## Veranstaltungen



### Veranstaltungskalender

**DO, 7. Oktober: Monatsbar**  
18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb

**SA, 16. Oktober: Velolichtaktion der IG Velo Zug**

09.00 – 14.00, Bahnhof Zug, Haupteingang Ost

Die IG Velo repariert gratis das defekte Velolicht. Das Material muss vergütet werden, für Mitglieder gratis.

**MI, 20. Oktober: Öffentlicher Höck, Freie WählerInnen Menzingen**

20.15, Restaurant Gubel

**SO, 24. Oktober: Fest zum 18-jährigen Bestehen der Frischen Brise Steinhausen**

16.00, Waldhütte Steinhausen mit Kürbissuppe, Most und Wein

**MO, 25. Oktober: Gemeinsame NFA-Veranstaltung Alternative Kanton Zug und SP Kanton Zug**

19.00, Siehbachsaal, Chamberstr. 33, Zug  
1. Teil: Info-Podium zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

2. Teil: Parolenfassung zu allen Abstimmungsvorlagen vom 28. November

**DO, 4. November: Monatsbar**

18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb

**MI, 17. November: Gleis 3 Mitgliederversammlung zu den**

**Traktanden der Gemeindeversammlung Risch**

19.30, Verensaal, Zentrum Dorfmat, Rotkreuz

**MI, 1. Dezember: Mitgliederversammlung Forum Oberägeri**

20.00, Restaurant Ochsen

**DO, 2. Dezember: Monatsbar**

18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb

**DO, 2. Dezember: Öffentlicher Höck, Freie WählerInnen und SP Menzingen**

20.15, Restaurant Edlibacherhof

**DO, 7. Januar: Monatsbar**

18.30, ZALT (Bundesplatz 7, vis-à-vis EPA), Zug. Nachtessen und Barbetrieb

**22. Januar: Vorschau**

Workshop und Fest der Alternativen Kanton Zug

## Adressen



### Die Alternativen im Kanton Zug

**Forum Oberägeri**

Andreas Kuhn  
Lutisbachweg 9  
6315 Oberägeri  
www.forum-oberaegeri.ch  
andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch

**Freie Wähler Menzingen**

Postfach 112  
6313 Menzingen  
www.maenzige.ch  
m.aepfli@gmx.ch

**Frische Brise Steinhausen**

Postfach 123  
6312 Steinhausen  
www.frischebrise.ch  
faehndrich@datacomm.ch

**Gleis 3 Risch-Rotkreuz**

Hanni Schriber  
Unt. Haldenweg 5  
6343 Rotkreuz  
www.gleis3.ch  
hannischriber@gmx.ch

**KRIFO Alternative Cham**

Charles Meyer  
Schmidstrasse 4  
6330 Cham  
www.krifo.ch  
charles.meyer@bluewin.ch

**Sozialistisch Grüne Alternative**

Postfach 4805  
6304 Zug  
www.sga-zug.ch  
info@sga-zug.ch

## Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 3, September 2004, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Michel Mortier, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber,

Produktion/Schlussredaktion: Philipp Bischof, Fabian Ryan  
Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)  
Nutzauflage: 1300 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1054 Ex.

Abonnements: Fr. 20.-  
KleinverdienerInnen Fr. 10.-  
Unterstützungsabo: Fr. 50.-  
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-  
Einzahlungen auf:  
Verein DAS BULLETIN,  
6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 4/2004 Redaktionschluss: Freitag 17. Dezember 2004; Erscheinungsdatum: Freitag 31. Dezember 2004

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.sga-zug.ch/bulletin](http://www.sga-zug.ch/bulletin)

# AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

